

# Wormitz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugpreis:**  
 Vierteljährlich 3.40 RM, monatlich 1.00 RM.  
 Post und Porto, vorausschickend. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 monatlich, vom Postamt abgeholt  
 1.50 RM, vom Postamt ins Haus ge-  
 bracht 1.64 RM. Unter Abzug für  
 Postgebühr und Devisen-Unterschied  
 4.— RM. für das übrige Ausland  
 5.50 RM monatlich. Ausland ins Geld  
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.  
 Bestellungen nehmen an Adre-  
 mar, P. Land, Bismarck, Schweden  
 und die Schweiz. Eintragungen in die  
 Postverzeichnisse.  
 Erscheinung täglich.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Hochgebühren-Anzeigen kosten  
 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 festgedruckte Wort 30 Pf. (zünftig  
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere  
 Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und  
 Stellenangelegenheiten das erste Wort  
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Worte über 16 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Feuerungsanfragen 20 Pf.,  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen  
 20 Pf. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin  
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben  
 werden. Besten den 2 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Freitag, den 20. September 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Italien lehnt Burians Vorschlag ab.

## Zuvor Anerkennung der italienischen Ansprüche.

Rom, 18. September. Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Note: Bis jetzt hätte die italienische Regierung von der österreichischen Friedensnote nur Kenntnis aus den Veröffentlichungen der Telegraphenagenturen. Wenn indes der von dem Wiener A. A. Telegr.-Büro verbreitete Text genau ist, so muß die italienische Regierung betonen, daß der österreichische Vorschlag darauf abzielt, einen Vorwand für Friedensverhandlungen zu schaffen ohne irgendwelche greifbare Unterlage und ohne die Wahrscheinlichkeit eines tatsächlichen Erfolges. Die neuerlichen Erklärungen der österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsmänner, die jedes Zugeständnis ausschließen und die Verträge von Dreß-Bitowsk und Bulareff als endgültig bestätigen möchten, machen jede zweckdienliche Eröffnung von Verhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten sehen ihre lebhafteste Bereitwilligkeit zu einem gerechten Frieden offen erkennen und gleichzeitig auch die wesentlichen Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut sein muß. Ueber diese Punkte sagt die österreichische Note nicht ein Wort, besonders auch darüber nicht, was sich auf die unmittelbaren italienischen Ansprüche bezieht. Diese sind der österreichischen Regierung wohl bekannt, ebenso wie sie von den Alliierten anerkannt wurden. Sie schließen in sich ein die Erfüllung der völkischen Einheit durch Freigabe jener italienischen Volksstämme, die bis jetzt unter Österreich standen, sowie die Bewirkung der Bedingungen, die für Italiens Sicherheit unumgänglich notwendig sind. Solange die österreichische Regierung nicht zeigt, daß auch sie diese besonderen Ziele anerkennt, ebenso wie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für die alle Alliierten vereint kämpfen, so lange wird Italien nicht vom Kampfe ablassen, um die Menschheit zu einer besseren und gesicherteren Grundlage zu führen durch einen dauerhaften Frieden, der auf Freiheit und Gerechtigkeit errichtet ist.

Der langen Rede kurzer Sinn ist also der, daß Italien an seinen Eroberungsabsichten festhält. Diese gehen über den Anspruch auf die italienisch sprechenden Gebiete Österreichs erheblich hinaus, wie die daneben erhobene Forderung auf weitere Grenzverschiebungen unabweisbar erkennen läßt. Diese Grenzverschiebungen bedeuten aber die Eingliederung südslawischen Gebietes nach Italien, eine Forderung, die von den Bewohnern dieser Gebiete leidenschaftlich bekämpft wird und mit Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht das mindeste zu tun hat. Damit sind auch die Menschheits- und Gerechtigkeitsgründe der Note hinreichend gekennzeichnet.

## Ueberrückung der österreichischen Note in Paris.

Paris, 19. September. Der schweizerische Gesandte Durant hat der französischen Regierung am Mittwoch die Note der Wiener Regierung mitgeteilt.

## Baku im Flammen. Protest der russischen Regierung.

Wie wir aus der russischen Botschaft erfahren, ist dort folgendes Telegramm aus Moskau eingelaufen:

Die Meldung, wonach Baku von den Türken genommen ist, bestärkt sich. Obwohl von türkischer Seite der Versuch gemacht wird, zu beweisen, daß die Schuld an der Einnahme Bakus nicht auf sie, sondern auf die Tataren von Azerbeidschan fällt, so ändert doch dieser Umstand vom russischen Standpunkt aus nichts an der Wertung der Tatsache. In Baku finden Explosionen statt, die Einstürze von einer Feuerbrunst ergriffen.

Diese Mitteilung erweckt in russischen Regierungskreisen außerordentlich ernste Besorgnisse. Bekanntlich war die ganze Schifffahrt auf dem Kaspischen Meere und auf der Wolga sowie die ganze Industrie auf das Kapthaf von Baku angewiesen. Die Vernichtung der Erdöl-Erzeugung von Baku lähmt auf lange Zeit die ganze russische Industrie.

Andererseits wird in russischen Regierungskreisen der Befehl Bakus auch ernste politische Bedeutung beigemessen insofern, als die Meinung vorherrscht, daß die Nichterfüllung dieser für England höchst wichtigen Verpflichtung seitens Deutschlands in bedeutendem Maß auch Rußland von der Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen befreit.

Zugleich erhalten wir folgende Nachricht des Wiener A. u. A. Telegr.-Büros:

Unser Berichterstatter im Kaukasus dröhelt: Die Einnahme von Baku wird in allen islamischen Teilen des Kaukasus große

## Neue Feindesangriffe vor der Siegfriedfront — Epshy und Roussoh aufgegeben — Zwischen Gargicourt und Ponton eingedrungene Australier zum Stehen gebracht

Berlin, 19. September 1918, abends. Amtlich.  
 Auf der gestrigen Schlachtfront zwischen dem Walde von Habrincourt und der Somme beschränkte sich der Engländer auf heftige Teilangriffe, die überall abgewiesen wurden.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. September 1918. (WZ)

## Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Nördlich von Bilschoote sauberten wir Teile der in den Kämpfen vom 9. d. dem Feinde verbliebenen Grabenstücke und nahmen 136 Belgier gefangen. Regelmäßige Erkundungstätigkeit zwischen Ypern und La Bassée. Nördlich von Armentières und südlich vom La-Bassée-Kanal wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Im Abschnitt von Woensure und Habrincourt starker Artilleriekampf; bei örtlichen Angriffen machten wir hier Gefangene.

Der Engländer nahm seine Angriffe gegen unsere Stellungen vor der Siegfriedfront im Abschnitt vom Walde von Habrincourt bis zur Somme wieder auf. Die nördlich von Gouzeaucourt und gegen den Ort selbst gerichteten Angriffe scheiterten vor unseren Linien. Deutsche Jäger-Regimenter haben Gouzeaucourt tapfer verteidigt. Auch zwischen Gouzeaucourt und Gargicourt schlugen wir den Engländer, der mit starken Kräften und Panzerwagen mehrfach anstürmte, ab. Epshy und Roussoh blieben nach wechselvollem Kampf in seiner Hand. Am Abend wiederholte der Feind auf dieser ganzen Front seine Angriffe; sie wurden überall abgewiesen. Zwischen Gargicourt und Ponton drangen Australier in unsere Stellungen ein. Nach hartem Kampf gelang es, den über Gargicourt und Ponton vorstehenden Feind westlich von Bellicourt-Bellenglise zum Stehen zu bringen. Zwischen Dmignon-Bach und der Somme griff der Engländer im Verein mit Franzosen an. Unter Einsatz starker Kräfte schickte er auf St. Quentin und nördlich davon unsere Linien zu durchbrechen. Die bis zum Abend anhaltenden Kämpfe endeten mit vollem Misserfolg für den Gegner. In heftigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Österrische Regimenter und das 6. schweizerische Infanterie-Regiment Nr. 60 zeichneten sich hier besonders aus. Südlich der Somme scheiterte ein Teilangriff der Franzosen. Auf der 35 Kilometer breiten Angriffsfront hielten wir durch Gefangene 15 feindliche Divisionen fest.

## Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Ailette und Aldne nahm der Artilleriekampf am Nachmittag wieder beträchtliche Stärke an. Heftige Teilangriffe, die sich im besonderen gegen unsere Linien beiderseits der Straße Laiffang-Chavignon richteten, wurden abgewiesen.

## Heeresgruppe Gallwitz.

Au der Côtes Lorraine lebte die Gesehäftigkeit auf. Kleinere Vorkämpfe. Bei einem Vorstoß auf Manheulles machten wir Gefangene. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 19. September. Amtlich wird verlautbart: In den Sieben Gemeinden anhaltend lebhafter Feuerkampf. Zwischen Brenta und Piave stellte der Feind nach schweren Misserfolgen der Vortage seine Angriffe ein. Unter den drabenden Truppen, die in den letzten Kämpfen, von ihrer Artillerie trefflich unterstützt, den immer wieder vordringenden Feind heftig abgewehrt haben, verdienen die ungarischen Infanterie-Regimenter Nr. 39 und 105 besondere Anerkennung. Bei Sandons wurde ein nächstlicher Uebergangversuch durch unser Feuer abgewiesen. Der Chef des Generalstabes.

Freude und lebhaftes Dankgefühl gegen den Sieg des Kaisertruppen, die an der Einnahme der genannten Stadt teilnahmen. Das 68. Regiment, unter dem Befehl von Helmuth von B., hat sich in mehrstündigem, gegen die Engländer geleitetem Kampfe, Raum gegen Mann, besonders ausgezeichnet. Die Zahl der Gefangenen und die Beute ist beträchtlich. Die Wiederherstellungsbereitschaft an den Telegraphenleitungen machen es unmöglich, nähere Einzelheiten über den Sieg von Baku mitzuteilen. (Die Freude dürfte nach der oben wiedergegebenen russischen Meldung in Deutschland nicht ganz geteilt werden. Red. d. Rom.)

## Parlamentarismus und Sozialdemokratie.

Von Friedrich Stampfer.

Die Sozialdemokratie ist eine Anhängerin des parlamentarischen Regierungssystems, weil dieses für uns in Deutschland einen Schritt zur Demokratie bedeutet. Vor die Frage gestellt, ob der ausschlaggebende Einfluß im Reiche der gewählten Volksvertretung oder einem persönlichen Regenten zufallen soll, kann sich die Sozialdemokratie nur für die Volksvertretung entscheiden. Die Volksvertretung übt ihre Macht aus, indem sie Regierungen, die ihr Vertrauen nicht beizubringen, von ihrem Blitze entseht und dadurch die Ernennung einer Regierung, die mit dem Parlament zusammenarbeiten kann, notwendig macht.

Die Volksvertretung kann einer Regierung von Beamten ebenso Vertrauen schenken, wie einer aus ihrer Mitte ernannten, entscheidend ist die Frage, ob die Regierung für ihren Fortbestand vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig ist oder nicht. In diesem Sinne haben wir schon während des Krieges einen bedeutenden Schritt zum parlamentarischen System gemacht, denn es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung Berlin ihre Entlassung nehmen würde, wenn sie eine geschlossene Reichstagsmehrheit offen gegen sich hätte.

Trotzdem bleibt unser System ein hinkendes, weil es in der Frage der Vertrauensentziehung dem Parlament selbst die Initiative überläßt, während unter dem wirklichen parlamentarischen System die Initiative der Regierung zufällt. Sie muß sich dann in wiederholten Abstimmungen, namentlich bei Interpellationen des Vertrauens der Volksvertretung immer wieder verteidigen; nur das ausgesprochene Vertrauen der Mehrheit gibt ihr Halt und Stütze, während hierzulande erst das ausgesprochene Mißtrauen des Parlaments der Regierung Anlaß gibt, von ihrem Amt zurückzutreten.

Hätte Graf Hertling während seiner Amtsdauer in Abstimmungen des Reichstags um dessen Vertrauen ringen müssen, so hätte sich entweder herausgestellt, daß er sich überhaupt auf keine Mehrheit mehr stützen kann oder daß diese Mehrheit eine andere ist als jene, welche man gemeinhin als die Reichstagsmehrheit zu bezeichnen pflegt. Dies hätte zur Klärung unsere politischen Verhältnisse viel beigetragen.

Wenn die Sozialdemokratie eine Anhängerin des parlamentarischen Systems ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie jede parlamentarische Regierung stützen muß. Bis zur Ernennung des Grafen Hertling zum preussischen Ministerpräsidenten durfte die preussische Regierung in weitem Maße als eine parlamentarische gelten, denn ihre Zusammensetzung entsprach im wesentlichen jener der Mehrheit des Dreiklassenparlaments. Die Sozialdemokratie hat die konterbativen Regierungen Preussens bekämpft, und sie würde das auch getan haben, wenn sich jene Regierungen, was sie vorstichtigerweise nicht taten, nach außen hin als parlamentarische dokumentiert hätten. Das zeigt deutlich, daß für unsere Stellung zur Regierung nicht ihr Charakter als einer parlamentarischen entscheidend ist, sondern ihre eigene Stellung zur Demokratie und zu unserem gesamten sozialdemokratischen Programm.

Würde heute im Reich eine reine parlamentarische Regierung gebildet werden, die sich auf die Rechte und die Mittelparteien stützt, so würden wir darin einen Fortschritt sehen, aber selbstverständlich würden wir diese Regierung bekämpfen in der Absicht, eine andere parlamentarische an ihre Stelle zu setzen, die unseren Anschauungen und Forderungen mehr entgegenkommt.

Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß die Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung nicht grundsätzlich ablehnen kann. Hat sie für sich allein im Parlament die Mehrheit, so tritt an sie die Pflicht heran, die Regierung aus ihrer Mitte zu bilden. Wollte sie aber ihren Eintritt in die Regierung davon abhängig machen, daß sie sich auf eine rein sozialdemokratische Mehrheit stützen kann, so würde das für die Zeit, in der sie sich noch in der Minderheit befindet, einen Verzicht auf politischen Rechteinfluß bedeuten. Haben wir das parlamentarische System und sind Koalitionen nach links grundsätzlich unmöglich, so müssen sie unweigerlich nach rechts gebildet werden. Wir würden auf solche Weise die Macht über das Reich und über die Arbeiterklasse unseren Lobfeinden geradezu ausbringen.

Die Entscheidung, ob die Koalition nach rechts oder ob sie nach links gebildet wird, hängt von dem Charakter der Mittelparteien ab. Können wir Sozialdemokraten uns mit den Mittelparteien zu einer wirklichen parlamentarischen Regierungsmehrheit (wie sie bisher im Reiche noch nicht besteht) verbinden oder entspricht es dem Charakter der Mittelparteien mehr, ihren Anschluß rechts zu



nehmen? Das ist die Frage der augenblicklichen politischen Situation.

Auf keinen Fall lassen sich die bestehenden politischen Schwierigkeiten dadurch lösen, daß ein paar Sozialdemokraten in die Regierung eintreten, im übrigen aber alles beim alten bleibt. Die „Nationalberale Korrespondenz“ schreibt heute: „Würde sich die Sozialdemokratie jetzt entschließen, ebenso wie die anderen Parteien, die Verantwortung mitzuübernehmen, so wäre damit nur eine Lage geschaffen, die bereits im Herbst 1917 ins Auge gefaßt wurde. Die Vorbereitung der Regierungsgrundlage aber wäre entschieden ein Fortschritt.“ Auch die „Germania“ läßt sich dahin vernehmen, daß eine weitere Parlamentarisierung auch unter dem jetzigen Reichskanzler möglich wäre. In solchen Neuhebungen zeigt sich eine vollständige Verfehlung der gegebenen Situation und des Wesens der sozialdemokratischen Partei.

Der Sozialdemokrat kann nicht zugemutet werden, äußerlich etwas zu verantworten, was sie innerlich vor ihrer Überzeugung, ihrem Gewissen, ihren Grundsätzen, ihren Anhängern nicht verantworten kann. Welche Grundsätze sie für die äußere wie für die innere Politik für notwendig hält, das hat sie in zahlreichen oppositionellen Äußerungen dargelegt. Diese Opposition kann nicht dadurch beschwichtigt werden, daß man ihren Tägern persönliches Entgegenkommen beweist, sondern nur dadurch, daß man ihren Anschauungen in weitgehendem Maße Rechnung trägt.

Die Frage, die sich heute für die Mittelparteien stellt, lautet also nicht dahin, ob sie mit Sozialdemokraten in einer Regierung zusammenarbeiten können, sondern vielmehr dahin, ob sie eine Politik zu treiben gewillt sind, für die die Sozialdemokratie die Mitverantwortung übernehmen kann. Es ist lächerlich, der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen, weil sie nicht auf jeden Ministerposten anbeißt, weil sie nicht parlamentarische Regierung um jeden Preis spielen will. Eine Partei, die aus Überzeugung die Handlungen der Regierung kritisiert, leistet sich selbst und dem Volke viel bessere Dienste als eine, die nach dem Grundtag „Mitgefängnis, mitgehungen!“ ohne, ja gegen ihre Überzeugung die Handlungen der Regierung verteidigt, bloß aus dem Grunde, weil sie selbst in ihr sitzt.

Die gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit der nationalen Verteidigung bietet noch keine ausreichende Grundlage zu enger gemeinsamer Arbeit. Denn bekanntlich bestehen über die beste Art, diese Verteidigung politisch zu führen, zwischen der Sozialdemokratie und den Mittelparteien oder wesentlichen Teilen von ihnen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Eine Partei, die ihre Stellung außerhalb der Regierung und außerhalb einer etwa neuzubildenden Regierungsmehrheit nimmt, verlagert sich damit auch noch nicht der nationalen Verteidigung, sondern gibt nur ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die von der Regierung ergriffenen und von ihrer Mehrheit gebilligten politischen Maßnahmen nicht die richtigen sind.

Man soll also die Sozialdemokraten nicht fragen, welche Kosten sie haben wollen, sondern wie eine Reichspolitik aussehen muß, für die sie die Mitverantwortung zu übernehmen bereit sind. Dieser Frage antworten, heißt an dem entscheidenden Punkt des in der Presse so eifrig behandelten Problems vorbeigehen.

## Der Reichskanzler über die Ernährungspolitik.

Antwort an Parteivorstand und Gewerkschaften.

Auf die Eingabe des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften wegen der Fragen der Lebensmittelversorgung hat der Reichskanzler wie folgt geantwortet:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bilden sie den Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungsteilen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Rohstoffe möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Schäden zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Ämter sind, unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstags gebildeten Beirat, unablässig in dieser Richtung bemüht.

Als Grund für die Teuerung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamtes an, die lediglich

durch Preisanstieg

eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuche. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, von denen ein erheblicher Teil durch die Kriegführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturgemäß auf eine Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weitet Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber ist die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, daß die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln, durchweg wesentlich niedriger sind, als die des Auslandes, und daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptsache hat beibehalten werden können.

Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die Erschwernisse Rücksicht genommen werden, mit denen

die Landwirtschaft

während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Einschränkung der Arbeitskräfte, Ausdehnung der Pferde, Verringerung des Viehbestandes, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Produktionsmittel geschwächt. In der Leitung des Betriebes müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungebildeten Kräften vertreten werden. Die Beschaffung von Arbeitskräften, die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren; die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf eine Hebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei Bemessung der Preise

der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwernissen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch bei sachgemäßem Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der fest Besoldeten bedeuten, wird durch

Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln

nach Möglichkeit Rechnung getragen; die Aufwendungen hierfür haben bereits den Betrag vieler Milliarden erreicht. Der Wucher und der Schleichhandel, die häufigen Begleitererscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volksteilen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen als im vorhergehenden. Auch

im neuen Wirtschaftsjahr

wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Produktion eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anordnung der Volksernährung vom 1. Oktober ab wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelernte zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachteiligem Einfluß ist, nicht genügend übersehen läßt, kann die Inanspruchnahme einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Grundsätzlich ist die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht geädert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen sei, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage die allgemeine Zuteilung von mehr als 7 Pfund erlaubt hätten. Der Mangel der einzelnen, unterstützt durch Vieles unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, Mengen zu erfassen und zu befördern, die der öffentlichen Wirtschaft entgegen; es geschieht dies aber auf Kosten der anderen, wie sich auch im vergangenen Jahre gezeigt hat, indem gerade in Gegenden, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgezogen werden, das Befriedigungssoll nicht erfüllt werden konnte.

Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Ungünstigkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Auskuglungspläne der Feinde dank der ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind.

gez. v. Gerziling.

Wenn der Reichskanzler sagt, ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg schon verloren, so ist das ebenso richtig, wie wenn behauptet wird, ohne die Leistungen der Armee und der Industrie, also überhaupt der Arbeiter im Waffen- und Arbeitsrod, wäre der Krieg schon verloren. Daß überall geschafft wird, ist selbstverständlich. Die Frage ist aber, ob die Opfer gleich verteilt sind und ob das, was in der Landwirtschaft produziert wird, auch reiflos zu den normierten Preisen erfaßt wird.

Man sagt der Reichskanzler selbst, daß manche Gegenden mit ihren Kartoffellieferungen hinter dem Soll zurückgeblieben sind, weil die Kartoffeln, statt zu den normierten Preisen erfaßt zu werden, zu Wucherpreisen in den Schleichhandel übergingen. Aus seiner Antwort ist nicht ersichtlich, welche Maßnahmen getroffen sind, um solche Praktiken, die ja nicht nur mit Kartoffeln gelibt werden, zu verhindern. Sie verlagert also in dem entscheidenden Punkt.

## Burian über seinen Schritt.

„Allein unternommen.“

Wien, 18. September. Die „Parlamentarische Korrespondenz“ meldet: Der Minister des Äußeren Graf Burian erklärte den deutschen Abgeordneten, die bei ihm in der Angelegenheit der Einberufung der Delegationen erschienen waren, daß diese in der ersten Hälfte des Oktober zusammenzutreten würden. Über seinen Vorschlag an die kriegsführenden Mächte teilte der Minister mit, daß dieser seit langem erwogen und keineswegs durch die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in den letzten Wochen veranlaßt oder beeinflusst sei. Der Vorschlag sei die folgerichtige Fortsetzung der österreichisch-ungarischen Friedenspolitik und gründe sich auf die Überzeugung, daß trotz gegenteiliger Behauptungen und Rumbegebungen alle Völker den Frieden ersehnen und daß besonders für die europäischen Völker eine friedliche Verständigung besser sei als die Fortsetzung des Krieges. Der Minister sagte, er habe den Schritt allein unternommen, selbstverständlich nicht, ohne hiervon vorher die Verbündeten in Kenntnis zu setzen und ihrer prinzipiellen Billigung sicher zu sein, schon deshalb, weil einerseits durch die Form des Antrages der Schein eines Friedensangebotes der Mittelmächte vermieden, andererseits weil der Antrag an alle kriegsführenden Mächte unmittelbar gerichtet werden sollte. Weiteres Kleinanberobereiben der Staatsmänner sei nicht nur fruchtlos, sondern der Herbeiführung von Friedensmöglichkeiten eher abträglich. Rücksichtungen sehe er voraus, sie kämen aber angesichts des großen Jutes in Betracht. Daß keine Forderung des Trennungsauftrages der Mittelmächte bestehe, werde sich mit aller Deutlichkeit zeigen. Der Schritt Österreich-Ungarns sei ebenso loyal gegenüber den Bundesgenossen wie ohne Hintergedanken gegenüber den feindlichen Mächten. Der Erfolg werde vielleicht nicht unmittelbar eintreten, die ihm zugrunde liegende loyale Absicht werde aber zweifellos die Überzeugung stärken, daß kein bei Fortsetzung des Krieges noch möglicher Erfolg imstande sein werde, die schweren Opfer aufzuwiegen, die die blutigen Kämpfe den Völkern noch auferlegen werde.

## Der Kampf um den Friedensvorschlag.

Stockholmer „Socialdemokraten“ warnt die Entente.

Zum österreichischen Friedensvorschlag schreibt Stockholmer „Socialdemokraten“ u. a.:

Die erste Note Graf Burians wurde von den Ententemächten in einer Weise zurückgewiesen, die ihre diplomatische Führung ernstlich kompromittierte. Dadurch erhielten die Zentralmächte einen Krampf in die Hand, der noch mit Erfolg ausgeglichen wird; die Alliierten als Kriegsverlängerer, die den tiefen ehrlichen Friedenswillen des Kaisers zurückgewiesen haben.

Derselbe Fehler wurde bei Dreß-Bikowski wiederholt. Zwar ist es wahr, daß der Graf Burian der Vertrauensmann des Grafen Tisza ist, ferner daß Graf Tisza mehr als irgend jemand anders als Herbeiführer des Weltkrieges bezeichnet wird und in seiner Person die tiefsten reaktionären Kräfte verkörpert, die überhaupt noch in der europäischen Politik zu finden sind. Wahr ist auch, daß die Anerkennung der Prinzipien Wilsons seitens der Volksbebrüter von Bulareff und Dreß in ihrer Heuchelei das gerade Gegenteil einer Grundlage für Verhandlungen zu einem ehelichen und aufrichtigen Volkswillen bedeutet. Aber die Kräfte, die den aus Wien jetzt gemachten Schritt veranlaßt haben, sind nicht von diesem Geiste. Und es gilt, diesen Kräften hilfreich entgegenzukommen. Gerade deshalb wäre es ein Unglück, wenn die in den letzten Jahren von den Alliierten gemachten Fehler wiederholt würden. Wenn die Alliierten Graf Burian antworteten und ihr Friedensprogramm offen darlegten, wenn sie aussprächen, daß sie nichts anderes als einen Verband der Nationen wünschen, der auf dem wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut ist, und daß sie innerhalb dieses Rahmens gewillt sind, zwischen den Großmächtsinteressen einen wirklichen Ausgleich herbeizuführen, ferner, daß sie jeden Gedanken an einen Wirtschaftskrieg ablehnen, dann würde Graf Burian nach einer solchen Antwort außer Zweifel ziemlich bald sein Rücktrittsgesuch eingereicht haben und die Herren Dingo und Herling würden ihm folgen. Und wir würden zum zweitenmal während dieses furchtbaren Krieges vielleicht den Weltfrieden sich nähern sehen — und diesmal ohne daß eine bolschewistische Katastrophe drohend im Hintergrunde stünde.

Hinter dem Stockholmer „Socialdemokraten“ steht bekanntlich Branting, der aus seiner Sympathie für die Entente und seiner Abneigung gegen die Mittelmächte noch nie ein Geißel gemacht hat. Beides kommt auch in diesem Artikel stark zum Ausdruck, es erübrigt sich wohl, die betreffenden Stellen besonders hervorzuheben. Aber wenn selbst Branting den schon einmal von der Entente gemachten Fehler zugestehen muß, und wenn auch jetzt wieder fast sicher ist, daß dieser Fehler — trotz der Warnung des „Socialdemokraten“ — jetzt wiederholt werden wird, so ist das ein Beweis, daß die Regierungen der Entente eben nicht die Ziele verfolgen, die Branting ihnen gern unterstellen möchte: die Herbeiführung eines wirklichen Ausgleichs zwischen den Großmächtsinteressen. Fällt die Antwort der feindlichen Regierungen auf die Buriannote so aus, wie die bisher vernommenen Stimmen es in Aussicht stellen, so wird Branting ehrlicherweise zugestehen müssen, daß es nicht nur ein taktischer Schachzug der Mittelmächte ist, die Alliierten als Kriegsverlängerer hinzustellen, sondern eine Feststellung, die den Tatsachen durchaus entspricht.

Bern, 18. September. Nach der amerikanischen Ablehnung ist, wie das „Berliner Tagblatt“ ausführt, die Buriannote gegenstandslos geworden. Wäre Wilson seinen schönen Reden getreu als Friedensfreund aufgetreten, hätte die Entente gar nicht gewagt, etwas Bagegen zu sagen. Die furchtbare Verantwortung sollte somit auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Schleier sei endlich gefallen; die Welt erkenne, daß Amerika die Vernichtung zweier großer europäischer Völker sich zum Ziel genommen habe.

## Eine gemeinschaftliche Entente-Antwort?

Köln, 18. September. Nach dem „Kölnischen Courier“ schreibt der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“: Die Fassung von Wilsons Erklärung macht den Eindruck, als ob, soweit Amerika in Betracht kommt, die Angelegenheit erledigt sei. Aber von möglicher Seite erfahre ich, daß diese Vermutung zu weit geht. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Amerika sich nicht der gemeinschaftlichen Antwort anschließen würde, die ganz bestimmt vom Rat in Versailles, auf den Wilsons Erklärung über Wilsons Auffassung eine für das amerikanische Volk bestimmte Mitteilung gewesen ist. Wood George wird nicht vor Sonnabend in London zurück erwartet. Es kann sein, daß das Kriegskabinet die Frage Ende der Woche behandeln wird. Man erwartet, daß der Rat von Versailles zusammentritt und innerhalb einer Woche eine Antwort geben wird.

## Ein Erlaß Hindenburgs.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an das Feldheer nachstehenden Erlaß gerichtet:

Die österreichisch-ungarische Regierung hat allen kriegsführenden Vorgesetzten, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden. Die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden. Die Bereitschaft zum Frieden widerspricht nicht dem Geiste, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekundet. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Egoismus und Hochmut. Die feindlichen Regierungen peitschten ihre Völker und Heere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland.

So führen wir unseren Verteidigungskampf weiter. Unser Verbündeter hat nun einen neuen Vorschlag gemacht, in Besprechungen einzutreten. Der Kampf soll dadurch aber nicht unterbrochen werden. Für das Heer gilt es also weiterzukämpfen. Das deutsche Heer, das nach vier siegreichen Kriegsjahren kraftvoll die Heimat schirmt, muß unsere Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Nur hierdurch tragen wir dazu bei, daß der feindliche Vernichtungswille gebrochen wird. Kämpfend haben wir abzuwarten, ob der Feind es ehrlich meint, wenn er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist, oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist oder wie ihn mit Bedingungen erkaufen sollen, die unser Volk Zukunft vernichten.

## Die Interalliierten-Konferenz.

Unzufriedenheit mit der deutschen Parteimehrheit.

London, 18. September. Die internationale Arbeiterkonferenz besprach einer Neutermeldung zufolge heute den Bericht über die Antwort der Sozialisten der Mittelmächte auf das Kriegsgesamtmemorandum der interalliierten Arbeiterkonferenz in London vom Februar. Der Bericht drückt Unzufriedenheit aus mit den Antworten der bulgarischen, ungarischen und deutschen Sozialisten Österreichs, und erklärt, daß die Antwort der deutschen sozialistischen Mehrheit ein Hindernis für die Abhaltung einer internationalen Konferenz darstelle. Der Bericht wurde an die Kommission verwiesen. Der Bericht empfiehlt, den deutschen Mehrheitssozialisten eine ausführliche Antwort und den Sozialisten der übrigen Länder Antworten zu geben, worin sie dringend, aufgefordert werden, ihren Einfluß dazu zu benutzen, daß die Haltung der deutschen Sozialisten besser umschrieben werde.

Ein Eingehen auf die der deutschen Parteimehrheit gemachten Vorwürfe wird erst möglich sein, wenn ein ausführlicher Bericht der Verhandlungen vorliegt.



# Groß-Berlin

## „hängen Sie Ihre Kinder auf!“

Was man mit sieben Kindern auf der Wohnungssuche erleben kann, schilderten wir vor einigen Tagen nach den Erfahrungen einer in Neutölln wohnenden Familie. Hierzu wird von einer gleichfalls in Neutölln wohnenden Frau, die vier Kinder im Alter von drei bis sieben Jahren hat, uns gemeldet, daß sie dieselben Erfahrungen machen mußte. Auch sie läuft schon seit Juni in Neutölln umher und konnte bisher die gewünschte Zweizimmerwohnung nicht erhalten, weil ihr „Kindersegel“ den Hauseigentümern unbehagen ist. Ueberall fragen sie, ob die Familie groß ist, und immer wieder muß sie sich sagen lassen, daß sie mit soviel Kindern nicht hinein genommen werden kann. In einem Hause, wo sie eine Wohnung schon so gut wie fest zu haben glaubte, erklärte ihr hinterher die Verwalterin: „Rein, Kinder nehmen wir nicht; der ganze Aufgang hat keine Kinder, der soll auch von Kindern verschont bleiben.“ Mit dem Eigentümer eines anderen Hauses verhandelte sie wegen Uebernahme einer Hauswirtschaft, und auch hier meinte sie soll schon am Ziel ihrer Wünsche zu sein. Aber als sie endgültigen Bescheid holen wollte, behauerte die Frau des Eigentümers: „Meinem Mann gefehen Sie sonst ganz gut, doch vier Kinder sind ihm zu viel. Inzwischen ist eine mit nur einem Kind gekommen, die hat er vorgezogen.“ Einen Hauswirt, bei dem die Wohnungsinhaberin wieder wegen der Kinder abgewiesen wurde, fragte sie verzweifelt, was sie denn mit den Kindern machen solle. Grob antwortete er: „Machen Sie doch, was Sie wollen! Lassen Sie doch andere dafür sorgen, nicht mich! Hängen Sie doch die Kinder auf!“ Die umhergeirte, mit so rohen Worten abgewiesene Frau wandte sich an den Oberbürgermeister, der aber mußte ihr den Bescheid geben, die von den Gemeinden zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel seien zurzeit noch nicht so weit vorgeschritten, daß ihr eine passende Wohnung zugewiesen werden könnte. Er stellte der Frau anheim, bis auf weiteres den Wohnungsbescheid der Stadt zu benutzen oder sich in den Nachbarorten nach einer Wohnung umzusehen. Sie hat seitdem beides getan, ohne daß es ihr gelungen wäre, eine Wohnung zu finden. Als sie dann noch persönlich zum Rathaus ging, wurde sie von Beamten abgefertigt, die ihr schließlich in unfreundlichem Tone sagten: „Wir haben ja ein Ahn!“ Gewiß, das ist das Ende vom Liede — das öffentliche Obdach für Familien, die mehr für den Bevölkerungszuwachs gesorgt haben, als für Geldbeutel erlaubt! Die Frau klagt uns, man sollte immer soviel über Bevölkerungszunahme — aber derartige Löhne nicht zumutbar wirken. Wer soll ihr irrsucht gehen?

## Schwierige Rentenüberweisung.

Ein Kriegsschädigter erzählt uns, welche Mühe er hatte, bei einer Wohnungsüberlegung mit Ortswechsel die Ueberweisung seiner Rente nach dem neuen Wohnort durchzuführen. Dem mit 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit entlassenen Mann wurde, so lange er in einem der südlichen Orte des Kreises Teltow wohnte, seine Rente von monatlich 64,50 Mk. (einschl. Verhütungsgulage und Kriegszulage) von der Kreisstelle Teltow I durch die Post zugelandt. Als er nach einem westlichen Ort des Kreises Teltow I verzog, meldete er das der Kreisstelle sofort und bat um Ueberweisung der Rente nach dem neuen Wohnort. Für den nächsten Monat geschah das auch, woraus zu ersehen ist, daß die Meldung vorläufigsmäßig erledigt worden und richtig an die Stelle gelangt war. Mit der Rente ging ihm die Mitteilung zu, daß vom darauffolgenden Monat ab die Zahlung durch die Kreisstelle Teltow I erfolgen werde. Doch vergebens wartete er im folgenden Monat auf Ueberweisung seiner Rente. Er schrieb an die Kreisstelle Teltow I, erhielt aber weder die Rente, noch irgendeinen Bescheid. Darauf ging er selber zur Kasse, meldete sich dort zunächst nochmal bei Teltow II und bekam die Antwort: „Ihre Rente ist überwiesen und wird durch die Kreisstelle Teltow I gezahlt.“ Der Weg zur Kasse Teltow I war glücklicherweise nicht weit. Die beiden Kassen sind in demselben Gebäude untergebracht, und ihre Schalterräume liegen so, daß sie nur durch eine Scheidewand getrennt sind. Dieser Kriegsschädigte ging also die fünf bis sechs Schritte zu Teltow I, hat um seine Rente — und war nicht wenig erstaunt, zu hören: „Ihre Rente ist noch nicht überwiesen, wir können sie ohne Anweisung nicht zahlen.“ Sollte — fragte sich der Ein- und Dergeschickte — in den sechs Wochen, die seit dem Meldungsbeleg nun schon verfloßen waren, die Ueberweisung nicht zu bewerkstelligen gewesen sein? Konnte man nicht, da ja die beiden Kassen so nachbarlich beieinander lagen, die Sache im abgeklärten Verfahren erledigen? Ach nein, so einfach ließ sich das denn doch nicht machen! So leicht, wie der Wohnung- und Ortswechsel eines Menschen, ist der Spindelwechsel eines Rentenstückes nicht! Der Kriegsschädigte sah sich in Geduld, harrte weiter der Ueberweisung — und erhielt dann seine Rente auch für den nächsten Monat nicht. Jetzt forderte er durch Vermittlung des Reichsbundes der Kriegsschädigten die Kreisstelle zur Zahlung auf. Innerhalb drei Tagen hatte er den Bescheid, sein Schreiben sei an den Regierungspräsidenten abgegeben worden. Nach weiteren vierzehn Tagen kam die Nachricht, die Rente werde ihm nunmehr durch die Postkasse seines Wohnortes ausgezahlt werden. Aber auch jetzt zahlte die Post ihm nicht einmal sofort alle drei bereits fällig gewordenen Monatsbeträge, sondern zunächst nur einen einzigen, den am weitesten zurückliegenden. Erst nach einer nochmaligen Geduldprobe erhielt der Kriegsschädigte auch die beiden anderen Monatsbeträge ausgezahlt. Im ganzen betrug diese offenbar sehr schwierige Rentenüberweisung vom Tage der Ummeldung an bis zum Tage der Restzahlung volle vier Monate Geduld! Wieviel Wiedelpapier mag da verschrieben worden sein, bis die Ueberweisung glücklich zustande kam? Daß man sich in diesen vier Monaten an den „ausländigen Stellen“ nicht einige Gedanken darüber gemacht, was die zeitweilige Entziehung der Rente für den Geldbeutel eines Kriegsschädigten bedeutet?

Eine Sitzung des Verbandsausschusses Groß-Berlin findet Montag, den 30. September, im Berliner Rathaus statt. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Bau- und Wohnungsausschüsse, ferner werden einige Verkehrs- und Freizeitanlagenangelegenheiten zur Beratung gelangen.

Räseverteilung. Bis Montag, den 23. September, wird an die jungen Runden, die in den Spelotiefenarbeiten der in den Bezirken der 23., 31., 37., 62.—71., 73., 74., 80.—82., 180., 195., 208., 214., 238. und 240. Protokommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 1 Stück dänischer Weizkiste (Berzelskiste) oder 125 Gramm Nale anderer Art verteilt.

Auskunft in Hilfsdiensten. Im Dienstgebäude des Einberufungsausschusses zum baltischen Hilfsdienst für den Bezirk der Bezirkekommandos I bis IV Berlin, Potsdamerstraße 41, Dienstzimmer Nr. 3, besteht eine Abteilung „Auskunft“, die in allen Fragen des Hilfsdienstgesetzes Auskunft erteilt. Dienststunden von 9 bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprecher Amt Auskunft 9729 bis 9726. Schriftliche Anfragen sind zu richten unter Anschrift: An den Einberufungsausschuss Berlin, Abteilung Auskunft, Potsdamerstraße 41.

Für die Theateraufführung, die der Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin unter Vermittlung des Theaterkulturverbandes am kommenden Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, im Central-Theater, Kommandantenstraße, veranstaltet, ist eine beschränkte Anzahl Karten a 1,50 M. noch an folgenden Stellen zu haben: „Vorwärts“-Expeditionen Joseph, Noabit, Wilhelmshavener Str. 48, Danisch, Kaserstr. 174, Nacht, Immanuelstraße 12 (Holz), Lindenstraße 8 (im Laden), sowie im Zigarrengeschäft Görlch, Engländer 15. Zur Aufführung kommt Lessings Lustspiel: „Minna von Barnhelm“.

„Das Dreimäderlhaus“ ist nun aus der Friedrich-Wilhelmstadt nach Berlin O übergeführt, wo es im Hofe-Theater in der Großen Frankfurter Straße seine alte Jugtraut bewahrt.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Eldenider Straße 96/97, bringen vom 20. bis 22. Lotte Neumann in dem Werk „Das Verlein von Groß-Tornow“.

In der Doppelmoorbahn Weber-Mühle hat die Kriminalpolizei einige der in Frage kommenden Personen und die Originalunterschrift des angeblichen Schützenrauchs vervielfältigen lassen, um die Lichtbilder auszuheften und zu veröffentlichen. Inzwischen ist festgestellt, daß die Täter bereits am 15. und 18. August an Frau Mühle Miete gezahlt haben. Schon vor ihrem Zugzuge sind sie bei ihr ein und aus gegangen und haben stets zwei Flaschen Milch und Frühstück mitgebracht. Einen wichtigen Hund machte die Kriminalpolizei bei einer obermaligen Durchsuchung des Ta-

# Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2.—M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat Oktober zu sichern.

oches. Es handelt sich um eine Tragkloffe zu einem kleinen Seitengewehr oder Dolch. Diese Schloffe fand sich in dem Zimmer, in dem Frau Kühle erinordet wurde, unter einer Kommode. Der Dolch, der an ihr befestigt war, ist augenscheinlich so heftig herausgezogen worden, daß die Schloffe von der Scheide abgerissen wurde. Dolch oder Scheide sind bisher noch nicht gefunden worden. Auch die Sachen, die Ende August im Auftrage der Täter durch einen Dritten in die Mühlsche Wohnung geschafft wurden, können jetzt noch näher beschrieben werden. Es war außer einem Koffer eine etwa 50—60 cm lange, 40—45 cm breite und 30—35 cm hohe Kiste, wie sie zum Versand von Lebensmitteln benutzt werden. Es sollen sich auch gebrauchte Aufschreiben darauf befunden haben. Auf dem von den Tätern mitgenommenen Verbrief an die Firma Stephan Edders, Kaiser-Wilhelmstraße 55, befindet sich außer der Adresse die Wertbezeichnung 300 Mk., sowie die Adresse des Absenders A. Lindstedt-Byden. Der ebenfalls in dem Brief enthaltene gewisse Bezugsschein war von der Polizeiverwaltung Luden am 6. September für Wilhelm Gabbe, Byden, Fürstenerstraße 24, ausgestellt. Auf diesen Bezugsschein wird besonders aufmerksam gemacht. Unter nochmaligem Hinweis auf die ausgelegte Besoldung von 10000 Mk. werden Mitteilungen erneuert erbeilen. Fahnenflüchtige und geflüchtete Personen haben brieflich mitgeteilt, daß sie zweifelhafte Angaben machen können. Mit Rücksicht auf ihre eigenen Strafzinsen scheuen sie sich jedoch, zur Kriminalpolizei zu kommen. Sie werden dringend ersucht, mindestens ausführliche Schreiben an Kriminalkommissar Bennart zu richten und dabei möglichst eine Postadresse oder Mittelperson namhaft zu machen.

Zum Raubfall in der Rauerstraße erfahren wir noch folgenden: Erich Hajel hatte vor einiger Zeit im Referenzlazarett in Stritz gelegen und gehörte damals dem 140. Infanterieregiment an, zu dem er aber nach seiner Entlassung nicht zurückgekehrt ist. Auf sein Konto dürfte ein Einbruch in das genannte Lazarett zu setzen sein, der in der Nacht vom 10. zum 11. September ausgeführt und bei dem drei Uebungsarten auf die Namen Hoffmann, Mottlitz und Pipenburg gestohlen wurden. Die Buchta wird übrigens bereits seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft in Koblenz wegen Einbruchdiebstahls und Giftmordversuchs geführt.

Mariendorf, Kartoffelabgabe. Für die nächste Woche kommen 10 Pfund Kartoffeln zur Ausgabe. Es wird ersucht, dieselben schon jetzt vom Händler zu entnehmen, damit Platz für neue Zufuhren geschaffen wird. Außer den von der Gemeinde ausgegebenen Kartoffelkarten erfolgt die Ausgabe von Sonder-Kartoffelkarten. Neben der tausenden Ausgabe von Kartoffeln erfolgt auf diese Sonderkarten die Ausgabe von 7 Pfund Kartoffeln extra für jede Woche. Diese Menge ist aufzubewahren und nur dann zu verwenden, wenn die amtliche Bekanntmachung darüber erfolgt. Die diesbezügliche Bekanntmachung ist genau zu beachten. Wer die Kartoffeln nicht entnimmt, welche auf die Sonderkarten vorausgibt werden, wird später ohne Kartoffeln sein, weil eine Nachbelieferung nicht erfolgt.

Kreis Teltow. Die Zwangsverwirklichung des Herdostes und Gerstengroßes wird im Kreis durch zwei neue Verordnungen des Teltower Kreisaußenbüros geregelt. Danach darf alles der Zwangsverwirklichung unterliegende, zum Abzug kommende Kontraktobst (Kefel, Birnen, Pfäumen, Zwetschen) nur an die von der Kreisstelle für Gemüse und Obst hierzu bestimmten Sammelstellenleiter abgesetzt werden. Die Ableserpflicht erstreckt sich auf das gesamte Obst der genannten Arten, ohne Rücksicht darauf, ob es sich dabei um Edelobst, Tafelobst oder Wirtschaftsobst handelt. Der Höchstpreis beträgt bei Äpfeln und Birnen: für Tafelobst 85 M. je Zentner, für Wirtschaftsobst 15 M. je Zentner; bei Pfäumen und Zwetschen für alle Sorten außer Brennzwetschen 20 M. je Zentner, für Brennzwetschen 10 M. je Zentner. Für Edelobst (Kefel und Birnen) besteht kein Höchstpreis. Die zu zahlende Vergütung richtet sich nach der Güte der Ware und bewegt sich bis zu 100 M. je Zentner gezahlt werden. Die Festsetzung der Preise für Edelobst unterliegt dem jährlichen Gutachten des zuständigen Sammelstellenleiters. Auf Beschwerden über zu niedrige Preisfestsetzung entscheidet ein Obergericht endgültig.

Als der Zwangsverwirklichung unterliegende, zum Abzug kommende Kontraktobst (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Gekohl, Mören aller Art und Zwiebeln) darf nur mit bedenklicher Genehmigung befördert werden. Die Genehmigung und die erforderlichen Genehmigungsprotokolle werden durch die Magistrats-, die Gemeinde- und Gutverwalter erteilt. Für Beförderungen innerhalb derselben Gutschaft bedarf es einer Genehmigung nicht.

Die Bestimmung, daß niemand berechtigt ist, an ein und demselben Tage mehr als 5 Kilogramm Kontraktobst — bei Zwiebeln jedoch nur 1 Kilogramm — vom Erzeuger zu beziehen, bleibt hierdurch unberührt.

Groß-Besten. Brotmangel. Uns wird geschrieben: In der Woche vom 8.—15. September waren wir hier in der Gemeinde Groß-Besten die ersten vier Tage ohne Brot. Da unsere Brotfabriken nur für die hiesige Gemeinde gültig sind, waren wir auch nicht in der Lage, in einem anderen Orte Brot zu kaufen. Wir hätten elend verhungern müssen, wenn nicht Arbeiter aus einer anderen Gemeinde uns das Brot beigebragt hätten. Wir glauben jedoch, die Geschichte könnte nur einmal vorkommen, aber in dieser Woche ist es wieder ebenso. Mittwoch, den 18. d. M., sollte es nach den Angaben der Bäcker erst Brot geben, vorausgesetzt, daß sie bis dahin Mehl erhielten.

Wir richten deshalb an den Landrat die öffentliche Anfrage, ob ihm derartige Zustände bekannt sind und was er zu tun gedenkt, um eine regelrechte Versorgung der Bevölkerung mit Brot sicherzustellen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß in der Gemeinde das Mehl auf ungelegliche Art verbraucht wird.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin VI und die Wahl in Berlin I. 6. Kreis. Heute abend, 8 Uhr, findet eine Beirathung der Mitglieder der 1. und 2. Abteilung betr. Reichstagswahl im ersten Berliner Wahlkreis bei Dobrobilow, Ewinemünder Str. 11, statt.

## Aus aller Welt.

Wien, 18. September. Heute wurde in ihrer Wohnung im Praterviertel die 43jährige Regina Herz erdrosselt aufgefunden. Der Mörder, der seine Tat in der Nacht von Sonntag auf Montag begangen haben dürfte, konnte bisher nicht gefast, auch der Grund zu dem Morde nicht festgestellt werden.

Folgen schwere Explosion in einer Wiener Musikfabrik. Wien, 18. September. Amlich wird berichtet: In einer Abteilung für Geschloßpatronen-Erzeugung der Munitionsfabrik Woellerodorf ist aus bisher noch nicht ganz geklärter Ursache ein Brand entstanden, welcher durch Entzündung von Geschloßpulver rasch um sich griff und durch eine Panik unter den in der brennenden Schicht beschäftigten Arbeitern leider eine große Anzahl von Opfern forderte. Infolge der sofort ergriffenen Maßnahmen ist eine Betriebsführung der Munitionsfabrik ausgeschlossen. Die Verletzten wurden sofort in das Wiener Neustädter Spital geschafft.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 22. September: Zahl- und Anwesenheit von 3—5 Uhr in den Restaurants Göttsche, 12/13 und Sudower Str. 14.

## Briefkasten der Redaktion.

N. N. 31. Niederösterreich. Darüber erfahren Sie Näheres beim Kommando der Schiffsingenieurwesen in Biedersdorf-Mühlw. — Gitterer G. H. Wir haben Ihren Brief dem Herrn „Richter“ zur Beantwortung überwiesen. — G. H. G. 24. und andere Feldgrauen. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß ein Armeedebet für den „Vorwärts“ nicht besteht. Zutreffendes kann das Heilen und Leben anderer Zeitung den Helfenden durch die unteren Ehrenstellen nicht verboten werden. Sollte dies trotzdem geschehen, so erlauben wir, uns hierüber näher Mitteilung zu machen, damit wir für Abhilfe sorgen können. — N. N. Dem Wohlw. Kreis Bauen vertritt unter Genosse Otto Wölfl-Dechen. Der Kreis ging erst während des Krieges anlässlich einer Revision für sozialdemokratischen Weib über. — G. H. 1725. Werden Sie sich an den Reichstagswahl. Stolten, Hamburg 36, Heilandstr. 11. — G. H. Nr. 5. Wenn Ihre Reklamation bei der Post nicht genügt haben, können wir Ihnen zur Wiedererlangung der vermissten Geldpostkarten auch nicht verhelfen. — N. N. 99. 1. Neben vierten Tag warmes Fieber, die Prostata ist unlässig. 2. Rein 3. Rein, das kam nur auf dem Heimweg vorüber erledigt werden. — Central 1918. Rein. — G. H. Nr. 1. Landwehrpflichtig — beurlaubt. — N. N. 100. Das hat keinen Einfluß auf Ihre Rente. — N. N. Wir können Ihnen in Ihrer möglichen Lage nicht empfehlen, sich etwa an ein Abzahlungsgehalt zu wenden. Veruchen Sie, sich die notwendigen Wirtschaftsgüter selbst zu kaufen. — G. H. 888. Der Zahlung wird nur gemacht, wenn der Betreffende 60% Proz. Rente besitzt. — G. H. 22. 1. und 2. Rein, vom Spargang wird der Betreffende nicht befreit. 3. Das kommt darauf an, in welchem Grade die Mutter noch erwerbsfähig ist. Es würde eine Unterstufung von 15 bis 20 M. wünschenswert in Frage kommen. — G. H. 40. Eine weitere Reklamation erscheint uns erfolglos. Sie müssen den veranlagten Steuerbetrag zahlen. Bei dem angegebenen Einkommen von 2500 M. besteht keine Möglichkeit, daß Ihre Frau Unterstufung erhält. Es ist richtig, daß Herrenscheine bei einem Einkommen von unter 3000 M. von der Einkommensteuer befreit sind. Wenn Ihre Frau auf die Entschädigung, die ihr Arbeitgeber zahlt, keinen Anspruch hat, so trifft die von Ihnen angeführte Berechnung für Ihren Fall zu. — N. N. 93. Das Gehalt möchte jetzt wieder erneuert werden. — Otto 93. 1. Rein. 2. Dem schuldlos Geschiedenen 3. Rein, es ist Beförderung eingetreten. 4. Sie müssen einen Rechtskauf haben. — Im Felde 100. Der Vertrag verlängert sich nicht ohne weiteres wieder um sechs Jahre, sondern die jährliche Prämie ausgemacht M. nur auf ein Jahr. Sie können keinerlei Schadenersatzansprüche erheben. — G. H. N. 9. Rein. — Zedtha 01. Na. — Stellen. Für das Kind erhalten Sie Unterstufung. Kostende bei der Krankenliste können Ihnen nicht entstehen. — Ernst. Sie können trotzdem beurlaubt werden, eine Pension wird deshalb zweifellos sein. — G. H. 125. 1. Durch den dortigen deutschen Konsul. 2. Ihre Frau soll sich bei der dortigen Behörde durch Verhandlungen Gemüths beruhigen. Unreife Wünsche bedarf sie einer solchen Zurückweisung. — G. H. 39. Rein. Sie sind steuerpflichtig zum Tage der Entlassung an. — W. S. 29. 1. Ob die Gewerkschaftsorganisation Steuerentlastung zahlt, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls besteht ein aboluter Anspruch darauf nicht. 2. Wenn Beiträge nicht mehr gezahlt wurden, ist die Krankenliste zur Zahlung von Geldgeld nicht mehr verpflicht. — J. 55. Es kann in diesem Falle der Lohn gekürzt werden. — Wette. 1. Ja. 2. Beim Kompagnonführer. — Thoma Permin. Der Antrag auf Gewährung des Armeerechts und Anordnung eines Anwalts muß beim Landgericht III in Berlin eingereicht werden. — N. G. Wenn der eine Sohn jetzt noch alt ist, so haben die Eltern Anrecht auf Aufwandsentschädigung. Der Antrag ist bei der Gemeindevverwaltung einzureichen. — W. G. 21. Ein solches Recht steht Ihnen nicht zu, auch ist eine Operation des Bruches doch nicht zu empfehlen, wenn Sie deswegen nicht sonderliche Beschwerden haben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonnabend mittag. Gemäßig warm, teilweise heiter, jedoch vorherrschend mäßig im Windenland meist geringe, an der Küste etwas stärkere Regenfälle.

## Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	17.		18.	
	cm	cm	cm	cm
Remel Mühl	187	—	Zaale Grolitz	100 90
Bregel Unterburg	—	—	Havel Spandau	42 42
Weihsel Horn	120 118	—	Rahnenow	4 —
Oder Ratibor	182 114	—	Spree Spremberg	72 —
„ Kroßen	84 88	—	Reidorf	205 198
„ Frankfurt	89 —	—	Weser Minden	162 —
„ Schrimm	16 —	—	„ Minden	242 —
„ Landsberg	—	—	Rhein Regensburg	— —
„ Borkum	—	—	„ Genu	281 —
„ Reimath	—	—	„ Köln	362 —
„ Dresden	+143	-150	„ Weibronn	46 —
„ Borsig	65 61	—	„ Main Dancu	134 —
„ Magdeburg	60 58	—	„ Mosel Trier	— —







## Streckensicherung auf der Eisenbahn.

Es sind in jüngster Zeit einige Eisenbahnunfälle zu beklagen gewesen, und solche Ereignisse lösen bei englischen Lesern immer eine gewisse Besorgnis aus; aber es wäre unredlich, wenn man das Meiste auf den Schienen für besonders gefährlich halten wollte. Man hat ausgerechnet, daß ein Lotteriespieler mit größerer Sicherheit auf das Gewinnen des großen Lotes rechnen dürfte, als ein Reisender den Tod im Eisenbahnwagen befürchten müßte; denn weitgehende Einrichtungen, von denen der Laie kaum etwas ahnt, sorgen für die Sicherheit des Betriebes.

Dem Unkundigen erscheint der „Zusammenstoß“ als das drohende Hauptunglück; aber gerade dieser kommt in der neueren Geschichte des Eisenbahnbetriebes verhältnismäßig selten vor. Er gehört mehr in den Roman und etwa auch auf den Film. Kleine Eisenbahnunfälle, wie sie als Spielerei zu gebrauchen sind, läßt man gegenwärtig fahren, und der Schaulustige gewinnt dabei hinter das Bild einer schauerhaften Begebenheit, bei der sich ihm die Haare sträuben. Denn sind alle bedeutenderen Bahnen zugleich ausgebaut. Für jede Richtung gibt es also ein bestimmtes Gleise. Gewisse Schwierigkeiten können höchstens vorübergehend dadurch auftreten, daß ein Gleise aus irgendeiner Ursache unbenutzbar wird. Auf eingleisigen Bahnen aber wird mit Hilfe des elektrischen Telegraphen in weitestem Sinne dafür gesorgt, daß zwei Züge einander nicht auf der freien Strecke begegnen können. Man läßt eben keinen Zug fortsetzen ins Blaue hinein von einer Station abfahren. Erst muß er der nächsten „angeboten“ werden, und diese muß ihn „annehmen“, ehe die Fahrt beginnen darf. Auf diese Weise wird zwischen den beiden in Frage kommenden Orten Klarheit darüber geschaffen, wie die Verhältnisse auf der Strecke liegen. Stellenweise besteht auch noch heute das „Stöbchen“. Es gibt einen Stab, und nur der Zug darf eine Strecke befahren, der dieses Zeichen mit sich führt. Will also ein Zug von A nach B fahren, so muß der Zugführer den Stab bei sich führen. Dann ist aber Gewähr gegeben, daß nicht gleichzeitig ein Zug von B nach A auf der Strecke sein kann. Der Führer des Zuges gibt den Stab dann in A ab, und dieser kann von einem Zuge mitgenommen werden, der nach B fahren will.

Viel größer und neuzeitlicher ist die Gefahr, daß zwei in derselben Richtung auf gleichem Gleise fahrende Züge aufeinanderrennen! Zwei Züge seien einander auf den Fernen, doch so weit von einander entfernt, daß sie sich gegenseitig nicht sehen können. Nun werde der vordere durch irgend eine Ursache aufgehalten. Bei einem Nebengange ist vielleicht ein Geiseln festgehalten, und es ist gelungen, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Jetzt faßt der folgende Zug heran. Er bemerkt die Störung zu spät, und in wenigen Augenblicken ist das Unglück geschehen. Hier soll nun das ausgezeichnete durchgeführte „Blocksystem“ helfen. Will ein Zug aus einer Station (A) abfahren, so muß ihm das Ausfahrtsignal dazu Erlaubnis geben. Es muß also ein Arm, ein Flügel an bestimmter Stelle angehoben sein. Ist der Zug ausgefahren, so fällt, wenigstens bei den neueren Einrichtungen, der Arm von selbst wieder in die Haltestellung zurück. Der Zug löst durch das Gewicht, mit dem er auf die Schienen drückt, diese Bewegung aus, wobei eine feine Vorrichtung spielt, die ein Registerwerkchen der Mechanik darstellt. Es besteht weiter die Einrichtung, daß sich der niedergefallene Arm demotomatisch löst, daß er vorläufig nicht wieder angehoben werden kann. Die Locomotive ist also jetzt folgende: Der Zug ist ausgefahren, der Arm gebietet Halt. Will ein zweiter Zug abfahren, so ist das nicht möglich. Das Signal verbietet es ja, und der Stationsbeamte kann daran vor der Hand nichts ändern, da er die Herrschaft über die Vorrichtung verloren hat. Der Zug gelangt nun zur nächsten „Blockstation“ (B). Das ist etwa ein Wärtchen auf freier Strecke, noch vor dem nächsten Orte. Hier befindet sich wieder ein Signal. Der Wärtler hebt diesen Flügel an und läßt den Zug durchfahren. Darauf fällt aber der Arm nicht von selbst in die wagerechte Lage zurück. Der Wärtler muß das vielmehr von Hand besorgen. Das tut er, und darauf liegt ihm noch eine andere Pflicht ob. Er muß nämlich eine Karte deuten. Dadurch wird zweierlei bewirkt. Erstens „blockiert“ er sich selbst, das heißt: er verhindert sich selbst die Möglichkeit, den Flügel von neuem zu heben, bis dieser von der folgenden Station freigegeben worden ist. Und zweitens „entlockt“ er das Ausfahrtsignal der Abgangsstation. Will jetzt dort ein zweiter Zug abfahren, so sieht dem nichts im Wege. Der Flügel kann angehoben werden, und da der Block frei ist, so droht keine Gefahr. Jetzt kommt der zweite Zug

an die Blockstation B, in die wir uns eben versetzt hatten. An dem Moment, der erste Zug befindet sich noch in der zweiten Blockstrecke (zwischen B und C). Dann wird der Wärtler in B den Zug nicht dort einlassen dürfen, weil er ja kein Signal nicht auf freie Fahrt zu stellen vermag. Erst wenn der erste Zug auch die zweite Blockstrecke durchlaufen hat und darauf das Signal in B entlockt ist, kann der zweite Zug weiterfahren. Auf diese Weise behalten die Züge immer einen bestimmten Abstand, indem nie zwei von ihnen in derselben Blockstrecke sein können.

Allerdings kann auch die beste Blockeinrichtung nicht ihrem Zwecke dienen, wenn der Führer des Zuges die Signale nicht beachtet. Der Fall spielt hier zu fragen, warum man denn nicht mechanische Vorrichtungen schafft, die ein Ueberfahren der Haltestation unmöglich machen? Gewiß lassen sich solche Einrichtungen treffen, und bei elektrischen Bahnen erscheinen sie zuweilen; aber die Eisenbahndirektionen vertreten die Forderung, daß es nicht günstig sei, die Sicherheit des Betriebes lediglich durch mechanische Einrichtungen zu besichern. Was immer hat sich erwiesen, daß schließlich der gewissenhaft arbeitende Mensch die beste Gewähr für die Erreichung irgend eines Zweckes bietet.

Viele Unglücksfälle wurden selber durch falsche Weichenstellung herbeigeführt. Auch in Bezug darauf bestehen jetzt weitgehende Sicherheitsmaßnahmen. Unter dem Boden des Schienenbetriebs sind ein überflüssiges Netz von Drähten, die eine ganz eigenartige Widerstandsfähigkeit der benachbarten Teile voneinander lassen. Man kann das Einfahrtsignal nämlich nur dann auf freie Fahrt stellen, wenn alle in Betracht kommenden Weichen richtig gestellt sind. Und ist das Signal erloschen, so lassen sich die Weichen nicht wieder umstellen. Sieht also der Weichenführer vor sich ein freifahrendes Signal, so erreicht er daraus nicht nur, daß seine Ankunft willkommen ist, er weiß auch, daß der Weg für ihn gebahnt ist.

Keine Streckensicherung ist allerdings davor, daß auf der Fahrt irgend ein Stöbchen vorkommt; aber auch solche Unglücksfälle werden sich selten ereignen, da vor der Weiche jeder Zug auf das vorläufige Gerüst wird. Die Weichen werden z. B. danach abgestellt, ob sie jenen dumpfen Klang geben, den gebrunnene Teile hören lassen. — Das geschieht teils durch in den Werkstätten, wo der Fahrplan nichts davon bemerkt.

So wäre es unredlich, wenn sich der Reisende mit steter Besorgnis plagen wollte!

## „Der Hauch im All“, Tragödie von W. v. Molo.

(Theater in der Königgräber Straße.)

Der Verfasser des interessanten, auch im Penitenten des „Vorwärts“ abgedruckten biographischen Schillerromans schlägt in der Tragödie die Fäden einer seelischen Problematik ein, auf den ihm nicht viele werden folgen wollen. Der stilles Wesen am Schluß hatte mit vornehmlicher Opposition zu kämpfen. — Die Selbstgerechtigkeit der Leute in geistlichen Verhältnissen, die sich den im Lebenssturm Bestandenen gegenüber so gern moralisch überlegen dünken und das beschämende Erwachen, sobald ein eigenes inneres Erlebnis die leere Einkleidung zerbricht, ist ganz gewiß ein würdiger Gegenstand der künstlerischen Darstellung. Je schärfer und je wahrer diese verläuft, mit um so größerer Eingringlichkeit wird sie die schlafenden Gewissen treffen. Schon das bloße Spiel der Weichen und Gedanken, die plötzlich aus den Tiefen des Unbewußten aufsteigen, in ihrer stempellosen, egoistischen Willkür sich dem erschrockenen Blick stellen, kann aus dem gern gebogenen Wahne lächerlich machen. Wer wollte sich auch unterfangen, bei all dem Widerstrebenden, das sich in seinem Herzen regt, eine Härigkeit zu übernehmen, was aus ihm selber unter anderen Bedingungen geworden wäre. — Wer nur eine selbstschmerzliche nachhaltende Darstellung hätte sich an solche Vorgänge, die auf der Grenze zwischen Vernunft und Unbewußtem wickeln, heranzuziehen. Daraus ist in dem Drama leider nicht die Rede. Molo schiebt dem Wahngedanklichen einfach pathologische Hintergründe unter, zu deren Darstellung dem Dichter jeder Maßstab fehlt. Der Dichter gegen „Heidenmännchen“ und deren enges Bild, woraus sich der erst so leichtfertig erscheinende Staatsanwalt als das Motiv für sein Verbrechen bezieht, erklärt in menschlich dichterischem Sinne gar nichts. Wenn überhaupt, so wäre es nur in einem völlig kranken Seelenleben denkbar.

So wenig man an das Verbrechen, so wenig kann man an die Verräterung und Sühne glauben, die diese ertüchtete Konstitutions-

figur dem Wahngedanken, dem seelischen Räsonneur und Weichhändler des Stills, vertritt. Das pathologische Verworfene der Gestalt des Staatsanwalts wird fiktional durch die Frau Staatsanwältin ergänzt, die bei der Jugendanklage im Prozesse aus Liebe zu ihrem Mann in frivolster Weise die Wahrheit läßt und dann im nächsten Akt von dem seelenkündigen Psychiater als die Verkörperung reinster Seelenarbeit gefeiert wird. Der Mensch als „Hauch im All“ scheint danach ein Geschöpf zu sein, das jeder Eingebung des Zufalls, und teils der Schwächlichen, willenlos in seinem Handeln ausgeliefert ist!

Die Größe der Gesellschaft, der Staatsanwältin, schreibt, als sein ebemaliger Schulkollege, eine geschickte Erlösung, in später Ehe die Erfüllung aller Wünsche gefunden zu haben glaubt, dem Mann, dessen eifersüchtige Temperament er kennt, anstandslos Briefe, die seine Frau verleumden. Ja er treibt aus legend einem, ihm selber unerklärlichem dämonischen Zwange die Schürerei so weit, daß er, nachdem sein Opfer erloschen, als Ankläger jedes Mittel aufbietet, um bei der Gerichtsverhandlung von den Geschworenen ein Todesurteil zu erlangen. Und dann auf einmal, als ihm klar wird, daß er dies Ziel doch nicht erreichen werde, und als er merkt, wie die von dem Verteidiger vorgelegten anstandslos Briefe wirken, bekennet er plötzlich ebenso motuslos seine Schuld. Die im Schlußakt angebotenen Reuebeweise verfehlen ihren Zweck nachträglichen seelischen Durchleuchtung des Vorgangs so vollkommen, daß das Ganze, nur um der äußeren Spannung der Gerichtshofen willen, entworfen scheint.

Ludwig Hartau gab in der Hauptrolle eine glänzende Schauspielerische Leistung. Auch die anderen Figuren, so Paul Otto als Psychiater und Ede W a f a s Staatsanwältin, wie das Ensemblespiel der schwierigen Gerichtsjury verdient alles Lob.

## Deutsches Theater: „Maria Stuart“.

Schillers heroisch-sentimentales Geschichtsbild, das die Ergebnisse neuerer Forschungen über Charakter und Schuld der schottischen Königin vorausgesehen hat, erfreut sich auf unseren Bühnen fortwährender Beliebtheit. Vor zwei Jahren brachten es Reinhardt und Vernauer in der gleichen Spielart heraus, und nun wird im Deutschen Theater eine Neubearbeitung erprobt. Dadurch ist dieser Schiller so besonders geliebt — aber durch die starke Reizwirkung und die reiche Palette seelischer Erschütterungen, die den gemarterten Herzen noch Einblicke abzuwinnen verheißt?

In die schönen alten Bühnenbilder Reinhardts, von denen nur der ganz älteste Karl im dritten Akt immer noch fiktional, sind einige neue Menschen gestellt. Eise Heins überträgt ihre holdselige Anmut auf die schottische Maria, die uns nun menschlich viel näher kommt denn in der rein alptraumigen und überpathetischen Wesen. Ihre Wirkung im letzten Akt ist aller Würdigung sicher. Um sich in der großen Szene mit Elisabeth als die Stärkere zu erweisen — und Schillers ganze Absicht — fehlen ihrer Natur aber die letzten Mittel. Vollendete Heuchelei, mit allen süßen Vorwürfen versehen, die die Königin Germaine Kerner doch nicht ohne Größe und Beharrlichkeit zu haben, um ihre Eifersucht erbittert erscheinen zu lassen. Wortwörter ist Ernst Deutlich, ein Verbenhändler, das sich und Schillers Vers nicht in der Gewalt hat. Auch Winterstein's nach zwei Fronten intrigantische Pöbelrolle ist sehr am Ort, das Gleichgewicht der Verhältnisse des Kavaliers ist bei ihm ausgeglichen. Derartiger kalter Vorleib und Klein Paullet — ein Mann wie Kistenholz — sind die allen geliebten.

## Notizen.

— Im Wallner Theater beginnen am Sonntag die Nachmittagsvorstellungen mit der Operette „Frühlingsluft“ von Josef Strauß.

— Das Märkische Wandertheater, das 1907 von der Gesellschaft für Volksbildung und dem Schillertheater Berlin gegründet wurde, beginnt als Deutsche Wanderbühne der Gesellschaft für Volksbildung eine neue Spielzeit.

— Musikchronik. Im Friedrich Wilhelm Rädlichen Theater findet am Sonntag, nachmittags 8 Uhr, zu vollständigem Preise das dritte Sinfonieconcert statt. Zur Auführung gelangen nur Beethoven's Werke, und zwar die Pastoralsinfonie, das Gdlin- Concert, die E-dur-Ouverture zur Donau, sowie die Arie „A perfido“.

## Lodz.

### Das gelobte Land.

Roman von B. St. Raymond.

Dem Kloster gegenüber, am Markt, der eigentlich bloß eine sandige, von den Giebeln der auf Holzstützen gestützten Häuser umrahmte Dämme war, standen einige frisch abgetriebene Häuser. Aus den Trümmern und zwischen den zerfallenen Mauern ragten nackte Schornsteine hoch empor.

Auf den zerfallenen Mauern der Klosterumgabung taucherte Unkraut und silbergraue Kugelnbüsche. Große Birken mit schlaff herabhängenden Zweigen und weißer Rinde standen daneben. Dahinter schob sich die abgetragene Kirchenfront vor und ein schlankes Glockentürmchen, das in einer Ecke des Kirchhofs verborgen war.

Dicht an der Mauer standen im Schatten der Birken einige Bauernhütten und kleines Fuhrwerk. Unweit weiter, in der Mitte des Marktes, waren bescheidene Marktstuden unter Leinwanddächern aufgestellt; sonst war es ganz leer, denn die Sonne brannte schon immer glühender.

Der Andrang zur Kirche war so groß, daß man nicht mehr herein konnte. Anzu setzte sich auf die Stufen, die zur Sakristei führten, und betete. Karl und Max blieben bei den Birken stehen und ließen sich dann auf eine der alten grünen, umspinnenen Grabplatten nieder, die sich in Reihen an die Mauern sämigten.

Der Gottesdienst hatte schon begonnen. Aus dem Inneren der Kirche drangen durch die weit geöffneten Türen gedämpfte Orgelklänge, hin und wieder erhob sich die Stimme des Organisten, dann ertönte feierlich ein Stimmchor, und manchmal durchdrang diese bewegliche Menschenwelle die schwache Stimme des Predikers.

„Unsere Kopflücker! kühlerte Max, auf einige Frauen zeigend, die wie Rohndulmen auf den Sand in der Sonne schimmerten und hochend den Rosenkranz durch ihre Finger gleiten ließen.

„Schon verhörsen!“ erwiderte Karl etwas ironisch. „Die verhörsenen, das sind Babianicer; ich meine die amarantrotten mit dem grünen Wüster. Die verhörsen nie. Man kann sie in der Sonne andocken.“

„Möglich, aber was geht mich das an?“

„Guten Tag, meine Herren!“ erscholl gedämpft eine Stimme neben ihnen.

Stad Wilczel war's. Den Zylinderhut in der Hand, begrüßte er sie wie ein guter Bekannter.

„Was machen Sie in Rurowo?“ fragte Max erstaunt.

„Ich bin für die Feiertage zu meiner Familie herübergekommen. Das ist mein Vater, der soeben die Orgel bearbeitet“, erwiderte er verächtlich und mit einer gewissen Nachsicht, die zahlreichen Ringe an seiner Hand herumdrehend.

„Wenden Sie lange hier?“

„Karl's fahre ich wieder weg, mein Jud hat mir keinen längeren Urlaub bewilligt.“

„Wo sind Sie jetzt beschäftigt?“

„Im Kontor bei Großhändler, aber bloß vorübergehend.“

„Haben Sie die Kohlen ausgegeben?“

„Nein. In der Nikolaistraf habe ich ein Kontor, weil Großhändler sein schwarzes Geschäft Koppelmann verkauft hat, und bei diesem Lumpen möchte ich nicht bleiben. Haben die Herren schon einen Kohlenlieferanten für Ihre Fabrik?“ fragte er leise, sich zu Karl biegend.

„Nicht“, erwiderte ihm Max.

„Welche Bedingungen stellen Sie?“ fragte Karl kühl.

Wilczel setzte sich neben ihn auf die Grabplatte, begann sofort rasch in seinem Korbzettel zu kalkulieren und schob ihm dann ein Blatt vor die Augen.

„Zu teuer! Braumann liefert um siebenzehnhalf Kopfen per Schöffel billiger.“

„Der Dieb, der Schwindler! Dafür wird er Ihnen zehn Schöffel pro Wagon weniger abliefern!“ rief Wilczel leise. „Meinen Sie, daß man das bei mir nicht feststellen wird, wie?“

„Die Woge wird sogar mehr ergeben, weil doch Braumann bekanntlich die Kohle vor der Verladung mit Wasser begießt.“

„Schon möglich. Aber wer garantiert mir dafür, daß Sie es nicht auch tun?“

„Also gut, ich kessere Ihnen zum selben Preis wie Braumann. Ich verleihe dabei fast gar nichts, es liegt mir aber sehr viel an dieser Lieferung. Ich habe es schon mit Herrn Welt besprochen. Der sagte aber, daß Herr Vorwiesch darüber entscheidet, also?“ Er fragte höflich, ohne auf die früheren Worte Karls zu achten und auf den kühlen, verächtlichen Ton.

„Kommen Sie morgen zu uns, dann können wir das Geschäft besprechen.“

„Auf wie hoch wird sich die Kohlenlieferung belaufen?“ fragte er Max, erhielt aber keine Antwort mehr.

Alle verstimmt, denn soeben trat unter den ersten Klängen der Glocken und den Gefängen der ganzen Volksmenge die Prozession aus der Kirche und wand sich aus dem

Hauptportal wie eine Schlange, mit dem roten Kopf des Baldachins, unter dem der Pfarrer schritt, mit den schimmernden Schuppen der roten, gelben und weißen Frauentrachten, mit den Lippen der schwarzen Bauernjaden und der goldleuchtenden brennenden Kerzen, sie schlich zwischen der grauen Kirchenmauer und dem grünen Wall der Birkenzweige dahin und umschlang mit ihrem Riesensich die ganze Kirche.

Wütend schlug der Stimmchor in die sengende Luft und stieg zum weißen Himmel empor. Ganze Wolken von Tauben fliegen erschrocken von den Kirchtürmen und den eingefallenen Klosterdächern auf und kreisten hoch oben über den Köpfen der Menge.

Die Prozession kehrte in die Kirche zurück. Die Klänge verkümmerten, bloß die Birkenblätter rauschten und schwankten schläfrig in der sengenden Luft.

Die Hitze wurde immer glühender, die Sonne goß Feuerstrahlen auf die Schindeldächer des Städtchens und sah alle Kraft aufzufangen. Dymnästige Stille lag in der zitternden Luft, über den ringsumher sich dehrenden grünen Feldern, den regungslosen Gärten, den wie mit andgebrannten Nebeln bedeckten Wiesen und über den Wäldern, die mit ihrem dunklen Band das Städtchen umgaben.

„Haben Sie was davon gehört, daß Neumann umgekloppt sei?“ fragte Max den Wilczel.

„Ja.“

„Wann?“

„Nein, bloß auf eine Seite, auf zirka dreißig Prozent! Verlieren die Herren etwas?“

„Wir haben da etwas gehabt.“ Max wehrte mit einer unvolligen Handbewegung ab.

„Vielleicht könnte ich jemand austreiben, der Ihnen Ihre Forderungen ablaufen möchte, selbstverständlich billig und mit einer guten Provision für mich.“

„Ja, zum Teufel, machen Sie auch solche Geschäfte?“

„Und noch verschiedene andere!“ Wilczel lachte laut.

„Kennen Sie Rurowo gut?“ fragte Max beiläufig, um das Gespräch von den Geschäften abzubringen, weil Karl unwillig Wilczel anblickte und andauernd schwieg.

„Ja, bin hier geboren, hier habe ich Vaters Güte und Vaters Reich geerbt, hier machte ich mit dem Niemon oft Bekanntschaft. Pfarrer Simon Wänke da manches erzählten. Sie glauben vielleicht nicht, daß ich Vieh gehalten habe, was?“ fragte er ironisch, als er Max verlogenes Gesicht sah.



**4 Kaffeebecher** weiss oder bunt ..... 1.95

**1 Besteckkasten** ..... 1.95

**3 Kompottschalen** auf Plättchen ..... 1.95

**4 Tassen** mit Untertassen ... 1.95

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Rottbuser Damm Wilmsdorfer Strasse

**4 Milchbecher** Porzellan mit Kinderbildern 1.95

**1 Kaffeekanne** Porzellan zusammen 1.95

**1 Zuckerdose** mit reizenden Bildern dazu passend.. 1.95

**1 Milchtopf** 1.95

**4 Kaffeebecher** 1.95

**1 Kuchenteller** verschiedene Pressmuster 1.95

### Papierwaren

**1 Kassetten Briefpapier** 25 Briefbogen, 25 Umschläge, zus. 1.95

**1 Briefblock** Quartformat ... 1.95

**100 Kartenbriefe** m. od. ohne Feldpost... 1.95

**4 Rollen Toilettenpapier** .... 1.95

**1 Poesie-Album** ..... 1.95

**100 Mundtücher** weiss ..... 1.95

**50 Berliner Ansichtspostkarten** schwarz und bunt gemischt... 1.95

**1 Brieftasche** mit Notizblock 1.95

**200 Blatt Brotpapier** weiss 1.95

### Porzellan

**6 Obertassen** ..... 1.95

**3 Abendbroteller** massiv... 1.95

**2 Tassen mit Untertassen** verschiedene Formen... 1.95

**3 Kompottschalen** verschied. Formen... 1.95

**1 Blumenvase** mit Rosenverzierung... 1.95

**4 Abendbroteller** mit Goldrand 1.95

### Parfümerien

**1 Flasche Haaröl** ..... 1.95

**1 Handspiegel** ..... 1.95

### Bijouterie

**1 Geldtasche** für Damen oder Herren ..... 1.95

**1 Briefftasche** mit Scheintasche. 1.95

**1 Damen-Handtasche** .... 1.95

**1 Zigaretten-Tasche** aus Metall 1.95

**1 Rocknadel** Tula-Silber ..... 1.95

**1 Wachspferl-Halskette** 1.95

**1 Halskette** mit Simili-Anhänger 1.95

**6 Rasierklingen** ..... 1.95

**10 Pakete Blitzblank** .... zus. 1.95

**12 Stück Tonwaschmittel** 1.95

**4 Likörgläser** ..... 1.95

**1 Bratpfanne** Emaille, mit Stiel 1.95

**1 Putz- u. Wischkasten** 1.95

**1 Käselocke** hübsches Pressen. 1.95

**1 Leuchter** Emaille, verschied. Formen .. 1.95

**1 Sturzflasche** mit Glas, Pressm. 1.95

**1 Blumenvase** Porzellan, mit hübschen Bildern .... 1.95

### Stengut

**6 Kinderteller** ..... 1.95

**1 Bratenplatte** oval ..... 1.95

**4 Obertassen** weiss oder bunt 1.95

### Glas

**1 Salatschüssel** verschiedene Formen ... 1.95

**1 Kompottschale** ..... 1.95

**1 Glasieller** verschiedene Muster ..... 1.95

### Emaille

**1 Kasserolle** konisch, ..... 1.95

**1 Topfdeckel** ..... 1.95

**1 Schöpflöffel** ..... 1.95

**1 Schaumlöffel** ..... 1.95

**1 Nudelpfanne** ..... 1.95

**2 Kummern** ..... 1.95

**1 Butterdose** mit Deckel... 1.95

### Wirtschaftsartikel

**1 Kohlschaufel** ..... 1.95

**1 Müllschaufel** ..... 1.95

**1 Kleiderbürste** ..... 1.95

**1 Abstäuber** ..... 1.95

**1 Taschenmesser** ..... 1.95

**1 Brotmesser** 1.95

**1 Scheere** 1.95

**1 Aufschnittgabel** ..... 1.95

**1 Topfheber** ..... 1.95

**1 Schook Klammern** ..... 1.95

**1 Gebäckkasten** ..... 1.95

**1 Deckelhalter** ..... 1.95

**1 Backform** ..... 1.95

**1 Springform** ..... 1.95

**6 Eierbecher** Porzellan 1.95

**1 Tablett** 1.95

**4 Honiggläser** 1.95

**1 Milchtopf** Porzellan, verschied. Formen 1.95

**1 Ekbrett** ..... 1.95

**1 Königskuchenform** 1.95

**1 Kuchenteller** ..... 1.95

**Verband der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufe Ortsverwaltung Berlin.**

Den Mitgliedern geben wir verbindlich bekannt, daß der Kollege, **Walter**

**Max Bäber**

im Alter von 39 Jahren am 17. September an Heilohnd- und Lungenerkrankung verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken ist ihm gesetzt.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichsamer-Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht die Verwaltung.

**Nachruf.**

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, **Portrait-Photograph**

**Iwan Blum**

am 12. September im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

104/18 Die Verwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

**August Gräbe**

Zankwitz, Dessauer Str. 15 am 17. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Zankwitz, Zankwitzstr. 15 aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Helfer

**Gustav Schneider**

Bilmersdorf, Teilmöller Str. 56, am 17. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Bilmersdorf, Berliner Straße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Ihre treuen Andenken! 118/8 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Blumenspenden bei der Beerdigung meiner lieben unvergesslichen Frau

**Elisabeth Lesdau**

geb. Heinze,

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten zugleich im Namen aller Angehörigen innigsten Dank.

**Adolf Lesdau,**

1980L Neukölln, Ansegruberstr. 20.

**Danksagung.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Schütte und Herrn Stöckel für die kostbaren Worte am Sarge unsern herzlichsten Dank.

111/3

**Witwe Helene Rillenbach**

nebst Kindern.

**Stadtgrundstück,**

gröÙe 62 Morgen, bei Luchel gelegen, mit neuen massiven Gebäuden, kompl. Invent., bei 15 000 M. Anzahlung sofort billig veräußern.

**Grundstück,**

gröÙe 56 Morgen, einöÙl. 12 bis 14 Morgen gute Wiesen, mit gut erhaltenen Gebäuden und Inventar, im Dorf und an Chaussee geleg., altersänderbar bei 6000 M. Anzahlung sehr billig veräußern.

**F. Rantowdell, Luchel, Westpr.,**

Stonker Str. 18.

Runkhoyerstr. Große Frankfurterstr. 67. 689\*

**Verband für Feuerhe-stattungen.**

Sitz Berlin, Gogr. 1605.

Am 10. d. Mts. verstarb im Rosarert zu Stuttgart unser Mitglied, Herr

**Ernst Gnosek.**

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gieselerstr. 37, statt.

Hochachtungsvoll unter Mit-gleich, Frau

**Margarete Mahler**

geb. Grünberg.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, mittags 12 Uhr, in der Gieselerstr. 37, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Bezirksverwaltung, Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metzger

**Adolf Schulz**

von der Firma Barth u. Co., Kollnsee, am 18. September im Alter von 57 Jahren verstorben ist.

Seine treuen Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reichsamer-Gemeinde-Friedhofes, Wilhelmshagen, aus statt. 62/13

Die Bezirksverwaltung.

**Grüne runde Körbe**

Schiffelgasse 24, 376, Remer-gasse 24, 675, dies mit Deckel 1.95

Verband von Probebüchern sofort. 1756\*

**Berlin, Metzger, Buchdruckerei.**

Direkt an der Hochbahn Rottbuser Tor

**Möbel-Blagau**

Rottbuserstr. 28

Gegen bar u auf Kredit

Speisezimmer-Schlaf-zimmer-Herrenzimmer

Küchen u.s.w.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin, N 51, Einicusstraße 83-85

Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 155, 1239, 1987, 9714.

**Sonntag, den 22. September, vorm. pünktl. 10 Uhr,**

in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:**

**Branchen-Versammlung**

der **Eisen-, Metall- u. Revolverdreher, Dreherinnen**

sowie **Randschleifer.**

Tagesordnung:

1. Bericht über unsere augenblickliche Lage.
2. Diskussion. Stellungnahme dazu.
3. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zur besonderen Beachtung! In dem Bericht der Kommission sind äußerst wichtige Punkte über die augenblickliche Lage unserer Branche enthalten, welche es unseren Kolleginnen und Kollegen zur Pflicht machen, für regen und zahlreichem Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

118/9 Die Ortsverwaltung.

**Verein Berliner Möbelindustrieller**

**E. B.**

Geschäftsstelle Luchauerstr. 17

**Kriegs-Möbel**

Verkauf durch alle Geschäfte mit diesem Plakat

**Vorforgern!** Sofort meine praktischen, besten und billigsten 220/2\* Gesundheits-Ginlegehosen D. H. G. M. G.

bestellen. Einfach, warm, haltbar. Keine Wampe mit aufgeschickten Quasten! Schnellste Bestellung erforderlich, da Vorrat bald geräumt. Schuhringe an-geben. Preis: 1 Paar 1 Mark, Nachnahme und Porto 50 Pf. (nicht nur einmal abgeben).

**5 Pearle & M. Inkl. Porto usw.**

Verbandhaus Margot u. III Berlin-Gröndorf, Georgenfr. 7

**Gibt es eine Auferstehung der Toten?**

**Gibt es einen Gott?** Diese höchst aktuellen, viel besprochenen Fragen behandelt die soeben erschienene Broschüre: **Gibt es einen Gott oder gibt es keinen?** Zwei tiefgründige Schriften, für jedermann lesenswert. Versand erfolgt per Nachn. v. M. 1,10 franco v. Verlage: **Karl Schulze, Magdeburg.**

**1000 Verdienstmöglichkeiten**

bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung bietet die Methode Rustin (Mitarbeiter: 5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Prof.).

**Rasche und gründliche Ausbildung**

ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsgehilfen, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handels-wissenschaften, Landwirt-schaftsschule, Ackerbau-schule, Präparand, Konservatorium, Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch

**Bonness & Hachfeld,**

Potsdam, Postfach 224.

**Spezialarzt**

**Dr. med. Hasche,**

Friedrichstr. 90 direkt am Stadtschloß.

Behandl. von Syphilis, Haut-, Gicht, Frauenleiden, Decid. chron. Häm. Schmerzlose, schnelle Behandl. ohne Verunstaltung. Blutuntersuchung. Röntg. Freie Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonn- 11-1.

**Spezialarzt**

**Dr. med. Laubs**

geb. Schnell, gründl., mögl. Schmerzlos u. ohne Verunstalt. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, erprobte Methoden Harn- und Blutuntersuchung.

**Königsstr. 94/96, Hagenbergl**

Spr. 10-11 u. 5-8, Sonn- 10-1.



# Mech aus weittragendem Geschütz beschossen.

Mex, 19. September. Die hiesigen Zeitungen bringen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: Seit mehreren Tagen beschießt der Feind Mex aus einem weittragenden Geschütz. Diese Beschießung ist alle die Jahre hindurch, die der Krieg schon dauert, stets möglich gewesen und wurde schon lange erwartet. Die modernen Geschütze haben eine weit größere Tragweite als etwa die der Entfaltung von südlich Pont-a-Mousson nach Mex. Die jetzige Beschießung hängt also keineswegs damit zusammen, daß der Feind nach unserer Räumung des St. Michel-Bogens der Stadt näher gekommen ist. Sie ist nur eine Begleiterscheinung der jetzigen Kämpfe westlich und südwestlich Mex und wird bald aufhören, wenn diese sich erst festgelassen haben. Daher sind auch vom Gouvernement keinerlei Änderungen in den Bestimmungen über die Ein- und Ausreise aus dem Gouvernementsbereiche erlassen worden.

# Verlustreiche Fliegerangriffe auf deutsches Heimatgebiet.

Berlin, 19. September. Amtlich. Unsere Gegner benutzten die günstige Witterung der letzten Tage und Nächte zu zahlreichen Angriffen auf das Heimatgebiet. Städte am Rhein, in Baden und Lothringen und deren Umgebung waren das Ziel der feindlichen Bombenwürfe. Auch diesmal blieb der Erfolg trotz hohen Einsatzes an Flugzeugen weit hinter ihren Erwartungen zurück. Ihr Kriegsprogramm, den vorrückenden Krieg gegen Widerstand, setzten sie in die Tat um. Ihre Bomben waren fast ausschließlich gegen die friedliche Bevölkerung und bürgerliches Eigentum gerichtet. Auch die jüngst in ihrer Presse veröffentlichte Drohung, Kirchen und öffentliche Gebäude nicht zu schonen, machten sie wahr. In Mainz warfen sie Bomben auf die Johannisikirche und beschädigten sie schwer. Der Schaden an Privatbauten in den offenen Städten war gering. In Stuttgart wurden 11 Personen getötet, darunter 6 Frauen und 4 Kinder; unter den 10 Verletzten befinden sich 3 Frauen und 4 Kinder. Sonst wurden vom 15. bis 17. September nur 2 Personen schwer und 11 leicht verletzt. Ihr völkerrechtswidriges Vorgehen blüht unsere Gegner mit schweren Verlusten. Aus dem am 16. September vom Fliegerangriff auf Mannheim zurückgehenden Gesandten wurden beim Rückflug über der Front von unseren Jagdfliegern 3 Flugzeuge abgeschossen. Im letztemisch-luxemburgischen Industriegebiet und im Saargebiet wurden in der darauffolgenden Nacht dank der Maßnahmen des Heimatbüros 6 weitere feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht. Der Feind hätte also nach den bisherigen Feststellungen bei diesen Angriffen innerhalb 36 Stunden insgesamt 9 Flugzeuge ein.

# Das Ringen vor der Siegfriedstellung.

Berlin, 19. September. An der Cambrai-St.-Quentin-Front wurde am 18. September den ganzen Tag über stellenweise vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein erbittert gerungen. Nachdem Engländer und Franzosen seit dem 8. vorzögllich versucht hatten, in starken Teilvorstößen sich eine geeignete Basis für den von Hoch erzielten Durchbruch durch die Siegfriedstellung zu schaffen, ging Hoch am 18. vom Hartincourt-Walde bis an die Somme zum geschlossenen Großangriff über.

Um 5 Uhr 15 setzte auf der ganzen Front stärkstes Feuer ein, das bis tief in das Hintergelände reichte. Etwa nach einer Stunde gingen die Engländer auf der ganzen Front zum Angriff über. Zahlreiche Tanks rasselten der englischen und französischen Infanterie voran, während starke Geschwader von Schlachtfliegern tief herunterstiegen, um durch Maschinengewehrsfeuer und Bombenwürfe die deutsche Verteidigung zu erschüttern.

Der geplante Durchbruch mißglückte. An den Flügeln der Angriffsfrenten hielten sich Gouzeaucourt und Holnon. Gegen erstere stürmten die Engländer dreimal an. Trebuchet hielt sich gegen viermal wiederholten Feindesangriff. Im Zentrum gelang es dem Engländer, die deutschen Linien zurückzudrücken. Nach erbitterten hin- und hergehenden Kämpfen blieben Epéhy und Rossion in der Hand der Engländer.

Um 6 Uhr 30 nachmittags stürmten die Engländer nach abermaliger Artillerievorbereitung von neuem. Alle Versuche, über Rossion hinaus vorzudringen, scheiterten an dem Maschinengewehrsfeuer, das ihren Sturmwellen aus den Dorfrümmern des nahe verteidigten Dömpire entgegenzuschlug. Südlich davon gerollte ihr Ansturm im deutschen Gegenstoß.

Um 9 Uhr brach ein neuer feindlicher Angriff auf Villers-Guislain blutig zusammen. Im Abschnitt St. Quentin blieben alle Anstrengungen der Franzosen, Boden zu gewinnen, erfolglos. Ihre Versuche, den Angriffsräum südlich der Somme zu verbreitern, unterband das zusammengefaßte deutsche Feuer.

Die gesamten Kämpfe spielten sich in dem Gelände vor der deutschen Siegfriedstellung ab, trotz größter Anstrengungen und rücksichtslosem Menschen- und Materialeinsatz des Gegners.

# Englischer Seeresbericht vom 18. September abends.

Seit früh um 5 Uhr 20 gingen die Truppen der 3. und 4. britischen Armee auf einer Front von etwa 10 Meilen von Holnon bis in die Gegend von Gouzeaucourt mit vollem Erfolg an. In dieser gesamten Front nahmen unsere Truppen, unter schwerem Regengüssen vorgehend, die feindlichen Stellungen im Sturm. Neben das britische Grabensystem vom März 1918 hinweg erreichten und nahmen sie die äußeren Verteidigungswerke der Siegfriedstellung in breiten Abschnitten. Zu unserer Rechten nahmen aus englischen und schottischen Truppen zusammengeleitete Divisionen Fresnoy-le-Vieille, Verbaucourt und Montreuil. Sie ließen auf starken feindlichen Widerstand und brachen ihn, besonders am äußersten rechten Flügel unseres Angriffs. Rechts im Zentrum nahmen zwei australische Divisionen die Dörfer Verquigneux, Villereux und Haricourt. Mit großer Entschlossenheit vorwärtig dringend, richteten sie sich in den allen vorgehenden deutschen Stellungen westlich und südwestlich von Verbaucourt ein, nachdem sie in die feindlichen Verteidigungsanlagen auf eine Tiefe von drei Meilen einedrungen waren. Rechts im Zentrum nahmen die 74. Neomantiondivision und andere von Truppen aus den Ostafrikaschiffen und aus London gebildete Divisionen Tempelme-Quérard, Rousson, Epéhy und Verrières und drangen ebenfalls zu großer Tiefe vor. Nordlich Verrières griff die 21. Division den Abschnitt an, den sie am 21. und 22. März mit großer Tapferkeit verteidigt hatte. Nachdem sie ihre alte Front, die Gräben mit dem als Raucelleit-Paras bekannten festen Stützpunkt genommen und einen feindlichen Gegenangriff abgeschlagen hatte, rückte sie über eine (englische) Meile über diese Linie hinaus vor, wobei sie einige hundert Gefangene machte und eine vollständige deutsche Batterie mit Besatzung erbeutete. Auf unserem linken Anriffsflügel nahmen andere englische und walisische Truppen den Rest der Hochfläche südlich Gouzeaucourt. Sie erreichten die Ortsansätze von Villers-Guislain und nahmen den Gouzeaucourt-Wald. Mehr als 6000 Gefangene und eine Anzahl Maschinengewehre wurden von unseren Truppen im Laufe dieser erfolgreichen Unternehmungen eingebracht.

# Frankrischer Seeresbericht vom 8. September abends.

Im Laufe des Tages machten unser in Verbindung mit der britischen Armee operierenden Truppen Fortschritte in der Gegend westlich von St. Quentin zwischen Holnon und Esigny-le-Grand. Auf einer Front von 10 Kilometer schoben wir trotz erbitterten feindlichen Widerstandes unsere Linien durchschnittlich 2 Kilometer vor, erreichten die westlichen Ausläufer von Francilly und Seneloch und eroberten den Salmwald und Fontaine-les-Clercs. Weiter südlich hielten wir die Südränder von Contescourt ein und haben uns Esigny-le-Grand genähert. Wir machten einige hundert Gefangene. Nordlich der Linie setzten wir unser Vorrücken östlich fort. Der Feind unternahm starke Gegenangriffe auf der Hochfläche östlich von Allemant. Die Wiederaufnahme der Offensive durch unsere Truppen brachte den Feind zum Weichen und brachte neuen Bodengewinn und 130 Gefangene ein.

**Versenkungen.** Berlin, 18. September. Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten 29 000 T. A. T. versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**David amerikanischer Votschafter in London.** Washington, 19. September. (Meuter.) John B. Davis, Generalanwalt der Vereinigten Staaten, ist zum amerikanischen Votschafter in London ernannt worden.

# Polizei gegen das Recht der Reichstagswähler.

## Auflösung einer Wählerversammlung der Unabhängigen.

Gestern abend sollte im Lehrereinschulhaus eine Wählerversammlung der Unabhängigen stattfinden, um zur bevorstehenden Erstwahl in Berlin I Stellung zu nehmen. Als jedoch der Einberufer, Landtagsabgeordneter Wolf Hoffmann, nach einer kurzen Ansprache dem Reichstagsabgeordneten Hugo Haase das Wort erteilen wollte, erklärte der überwachende Polizeileutnant, daß er Auftrag habe, Haase als Redner nicht zuzulassen. Der Versammlung bemächtigte sich angesichts dieses ungeschicklichen Eingreifens der Behörde naturgemäß große Erregung. Hoffmann begab sich in das gegenüberliegende Gebäude des Polizeipräsidenten, um eine Aufhebung der ungeschicklichen Maßnahme zu erzielen, lehnte jedoch unerschütterlich ab. Die Aufregung steigerte sich, als der Polizeileutnant eine weitere Ansprache Hoffmanns unterbrach, indem er die Versammlung für aufgelöst erklärte. Später sprach der Leutnant aus nicht ersichtlichen Gründen die Verhaftung Hoffmanns aus, was einen argen Tumult zur Folge hatte.

Gegen diese Vorgänge muß von jedem Parteistandpunkt aus die allerhöchste Verwahrung eingelegt werden. Ein derartiger Eingriff in die Freiheit einer Partei während einer Wahlbewegung ist unerhört und gesetzwidrig. Daß er Wirkungen haben muß, die den von der Behörde beabsichtigten gerade dem entgegenzusetzen sind, ist eine Sache für sich. Gerade die Parteien, die mit den Unabhängigen im Wahlkampf stehen, haben am meisten Grund, den entschiedensten Protest gegen ein derartiges Vorgehen zu erheben. Der freie Kampf der Meinungen soll entscheiden, die Polizei hat sich nicht einzumischen. Tut sie es dennoch, so soll sie wissen, daß sie alle geschlossen gegen sich hat.

# Darf in Preußen vom Wahlrecht gesprochen werden?

## Polizeikommissar gegen Reichskanzler.

Der Reichskanzler, der auch der preussische Ministerpräsident ist, steht und fällt mit dem gleichen Wahlrecht. Der preussische Polizeikommissar verbietet, von diesem Wahlrecht überhaupt zu reden! Gewiß ein Zustand, der sonntich, blamabel, entwürdigend ist, ein Verhältnis, zu dessen genauer Kennzeichnung die Sprache kaum einen Ausdruck kennt. Aber wir leben in Preußen unter diesen Zuständen und Verhältnissen. Es scheint, daß es in Preußen Stellen gibt, die zur Kamifizierung ihrer Wahlrechtsfeindschaft den Belagerungszustand mißbrauchen.

In einer Versammlung in dem Kölner Vorort Rals kam der Redner, der Landtagsabgeordnete Benno Haensch, auch auf die Wahlrechtsfrage zu sprechen. Kaum hatte er diesen wunden preussischen Punkt berührt, als auch schon einer dazwischenfuhr — nämlich der Versammlung überwachende Polizeikommissar. Er unterbrach den Redner, von dem preussischen Wahlrecht zu reden und berief sich, als der Redner über dieses Vorgehen sein Ersauern ausdrückte, auf eine „Anordnung der Behörde“.

Alle Vorstellungen, daß weder dem Redner, noch dem Einberufer eine entsprechende Mitteilung zugegangen sei, nützte nichts. Der Versammlung bemächtigte sich eine gewaltige Erregung, die sich in kräftigen Rufen entlud. Die scharfe Kritik des Redners an den preussischen Regierungsmethoden fand stürmische Zustimmung der Versammlung.

Wir fragen: Wer ist die „Behörde“, die der preussischen Regierung bei ihrem Kampfe um das gleiche Wahlrecht glaubt in den Arm fallen, die die felerlichen Erklärungen des Kanzlers und des Vizekanzlers glaubt Lügen strafen zu müssen?!

# Die Alldeutschen bitten um einen harten Winter.

## Bekanntnis des Generals z. D. v. Liebert.

In einem Leitartikel der alldeutschen „Tägl. Rundschau“ leistet sich der General z. D. v. Liebert folgenden Satz: Wir können den Himmel nur bitten, daß der Winter recht lang und scharf werde, damit den blutdürstigen Angelsachsen die Freude am Kriegsfahren vergeht.

Der naheliegende Gedanke, daß ein Winter, der für die Engländer lang und scharf ist, für unsere Soldaten und für unser Volk nicht länger und nicht milder ist, scheint diesem scharfsinnigen alldeutschen General z. D. nicht gekommen zu sein. So merkwürdig ist die Philosophie von Leuten, denen der eigene Bedarf an Heizung, Volkermöbeln, Nahrung und warmer Kleidung für einen harten und langen Winter gesichert ist.

# Gesetzliches Nachtbäckerverbot.

Der Bundesrat hat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien veröffentlicht, aus dem wir folgendes hervorheben:

In allen gewerblichen Bäckereien und Konditoreien müssen an den Werktagen alle Arbeiten mindestens von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig ruhen. In der gleichen Zeit müssen in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten aller Art (Pensionen, Heilanstalten, Fabrikantinen), Warenhäusern, Mühlen und anderen gewerblichen Betrieben alle Arbeiten und Vorarbeiten ruhen, die zum Herstellen von Bäck- oder Konditorwaren dienen; dies gilt auch für Bahnhofsrestaurants. In den Anlagen, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Gesellen, Schiffer, Lehrlinge und sonstigen gewerblichen Arbeiter 8 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreitet, kann die Arbeitszeit um 10 Uhr abends beginnen und auf 8 Stunden verkürzt werden.

In den gewerblichen Bäckereien und Konditoreien im Sinne des Gesetzes gehören auch die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen.

Die Vorschriften finden auch auf die Anlagen zum Herstellen von Zwieback, Nests, Biskuit, Donigluhen, Lebkuchen, Waffeln oder Nage Anwendung.

Die von der Landeszentrale bestimmten Behörden können auf Antrag für ihren Bezirk oder für Teile desselben widerruflich eine Befreiung der Lage der neu- oder achtsündigen Betriebsräume um höchstens eine Stunde genehmigen.

An Sonn- und Feiertagen — § 106a Absatz 2 der Gewerbeordnung — darf in Bäckereien und Konditoreien höchstens von 5 bis 9 Uhr vormittags gearbeitet werden. Außerdem dürfen nach 6 Uhr abends — an zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- oder Feiertagen nur am zweiten Tage nach 6 Uhr abends — während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebs am folgenden Werktag notwendig sind. Das gleiche gilt für alle Arbeiten und Vorarbeiten, die in den sonstigen obengenannten Betrieben zum Herstellen von Bäck- oder Konditorwaren dienen.

Von drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonn- oder Feiertagen gilt der dritte Tag als Werktag. Die Landeszentralbehörden können für das Staatsgebiet oder für einzelne Bezirke die Arbeit an Sonn- und Feiertagen nach weiter, als es durch Absatz 1 und 2 vorgesehen ist, einschränken oder ganz untersagen oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen und das Herstellen leicht verderblicher Konditorwaren an zwei weiteren Stunden außerhalb der Zeit des Hauptgeschäftsdienstes gestatten.

Das Gesetzliche an dem Entwurf ist, daß der Bundesrat mit der Nacharbeit in den Bäckereien und Konditoreien, sowie in den anderen Betrieben, die Bäckwaren herstellen, aufzutunem beabsichtigt. Wir stimmen aber der „Deutschen Bäck- und Konditor-Zeitung“ darin bei, daß der Entwurf manche berechtigten Wünsche der Gehilfen unerfüllt läßt. Sie bemängelt, daß die Förderung des Jehntundentages in allen Betrieben ohne Wechsel schied unerfüllt geblieben ist und daß den Bäckereien von 5-9 Uhr morgens die Sonntagsarbeit wieder zugestanden wird, was so sehr eine Beeinträchtigung des freien Sonntags bedeutet, als auch Sonntags nach 6 Uhr abends eine Stunde für solche Vorarbeiten freigegeben ist, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebs am folgenden Werktag notwendig sind und auch außerdem den Landeszentralbehörden — die übrigens auch weitergehende Einschränkungen der Sonntagsarbeit anordnen können — das Recht gegeben wird, das Herstellen und Ausstrohen leicht verderblicher Konditorwaren für zwei Stunden Sonntags zu gestatten.

Mit Recht bemängelt das genannte Blatt auch, daß der Bundesrat den Großbäckereien recht sehr entgegengekommen ist, da die Vorschriften, daß in den Betrieben, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit des Beschäftigten 8 Stunden, ausschließlich der Pausen, nicht überschreitet, die Ruhezeit erst abends 10 Uhr beginnt und auf acht Stunden verkürzt werden kann. Hier liegt die Gefahr vor, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit Platz greifen kann, ganz abgesehen davon, daß in den großen, sozialmäßig arbeitenden Betrieben eine Verkürzung der Ruhepause durchaus nicht notwendig ist.

# Der Deutsche Jugendfürsorgetag.

Der heute in Berlin zu seinen Beratungen über die Jugendämter zusammentritt, hatte gestern im Stadthaus eine Begrüßungsversammlung unter Vorsitz des Bürgermeisters v. Hollander in Mannheim. Aus den Ansprachen der Vertreter von Behörden sei hervorgehoben, daß der Vertreter des preussischen Justizministeriums, Wirklicher Geh. Oberregierungsrat Dr. Stäuber, an der Jugendverwaltung einen „gesunden Fortschritt“ rühmte, wie er sich z. B. bei den Jugendgerichten bekundet habe. Es sprachen unter anderen noch für die Stadt Berlin der Stadthaupt Dr. Reimann, für das preussische Ministerium des Innern (und zugleich für das preussische Unterrichtsministerium) der Geheimrat Oberregierungsrat Schloffer, der das preussische Jugendgesetz dem geforderten Reichs-Jugendgesetz vorziehen möchte, als Vertreter des österreichischen Ministeriums für soziale Fürsorge der Ministerialrat Dr. Watzsch, der auf die Fortschritte der Jugendfürsorge in Oesterreich hinwies und aus bundesgesetzlich-maffendürftlichen Empfindungen heraus die Geistes- und Kulturgemeinschaft der beiden Reiche betonte. Für das bayerische Justizministerium Amtsgerichtspräsident Dr. Weder, der den Erfolg des in der Jugendpflege zum Durchbruch gelangten Grundgesetzes: „Richt Strafe, sondern Erziehung“ feierte. Der Vorsitzende von Hollander drückte die Hoffnung aus, daß auch auf dem Gebiet der Jugendfürsorge man dem Landesgesetz zum Reichsgesetz kommen werde. In längerem Vortrag behandelte Universitätsprofessor Dr. Alois Fischer-München „Gemeinschaftsarbeit und Persönlichkeitspflege als Grundlagen und Formen der Fürsorgetätigkeit“. Er bezeichnete als Kern der Tagung die Anerkennung, daß die Jugendfürsorge nicht nur Pflicht sozial empfindender Menschen und Vereiner, sondern gesamtstaatlich-gesellschaftliche Aufgabe ist. Die Jugendfürsorge stehe heute ungefähr an dem Punkt, an dem nach dem 30jährigen Krieg der Unterricht stand, der erst nach und nach aus einer Privatangelegenheit zu einer Staatsangelegenheit wurde.

# Letzte Nachrichten.

## „Der österreichische Vorschlag bleibt aufrecht.“

Wien, 19. September. Eine amtliche Verlautbarung äußert sich zu dem aus dem Auslande vorliegenden Meldungen zu der österreichisch-ungarischen Note, die Ablehnung könne kaum mehr zweifelhaft sein. Eine offizielle Antwort auf die Note des Grafen Barian liege bisher allerdings nicht vor, und daher könne in eine Erörterung der Gründe, welche die Entente-regierung zu dieser Haltung bestimmt haben, im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht eingetreten werden. Nur von der Seite Mr. Balfour liege bisher eine ausführliche Behandlung der österreichisch-ungarischen Anregung vor. Gerade seine Argumentation sei aber bereits ein Beweis dafür, wie richtig der Vorschlag des Ministers des Äußeren die Situation erfaßt hatte und wie nur ein Eingehen auf dessen Gedankengänge bis heute allseits herrschende Verkünder der Geister zu meistern vermöchte. Wenn die Friedensfrage von Balfour — und das Gleiche gilt für die hierüber im französischen und amerikanischen Senat geführten Debatten — unter dem Druck der großen Schlagworte und aufgepeitschten Leidenschaften besprochen wird, dann kann sie allerdings keine gedeihlichen Fortschritte machen. Die Verlautbarung geht alsdann näher auf Balfours Äußerungen ein und schließt mit der Bemerkung, daß der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung aufrecht bleibt.

## Sembat gegen Clemenceau.

Wien, 19. September. In einem Leitartikel der „Humonite“ bezichtigt Sembat die Ablehnung der Wiener Note durch den Präsidenten Wilson als einen vorzeitigen Schritt. Er verlangt eine gemeinsame Antwort der Allierten, damit die Entente nicht der Fortwurf treffe, an der Verlängerung des Krieges Schuld zu sein.

Die Rede des Herrn Clemenceau im Senat ist nach der Ansicht Sembats so ungeschickt, daß die Mittelmächtie wohl ein Interesse daran hätten, den Wortlaut dieser verunglückten Rede durch Kauerzanzschlag bekanntzugeben.

## Schifflinie Braila—Sewastopol.

Berlin, 19. September. Als erstes Dampfer der neu eingerichteten Linie Braila—Sewastopol geht voraussichtlich am 21. September Dr. Ferdinand von Braila ab.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lohnbewegung der Bäcker Berlins.

Die Leitung des Verbandes der Bäcker und Konditoren hat die auf Abschluß eines Tarifvertrages gerichteten Forderungen den drei in Frage kommenden Arbeitgeberorganisationen zugelegt. Eine von ihnen, die freie Vereinigung der Bäckermeister Berlin und der Vorortie nahm gestern abend in ihrer Generalversammlung Stellung zu dieser Angelegenheit. Alle Redner erklärten sich zwar für den Abschluß eines Tarifvertrages, doch meinten sie, die Forderungen der Gesellen würden nicht in voller Höhe bewilligt werden können, weil die beschwerlich festgesetzten Mehl- und Brotpreise den mittleren Betrieben nur einen mäßigen, den Kleinsten fast gar keinen Gewinn abwerfen. Aus weiteren Ausführungen ging hervor, daß sich unter den Bäckermeistern das Bestreben geltend macht, unter Hinweis auf die Lohnforderungen beim Magistrat eine Erhöhung des Brotpreises zu beantragen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung beauftragt ihren Vorstand, dahin zu wirken, daß zwischen der Gesellenorganisation und den Bäckerinnungen, sowie der freien Vereinigung der Bäckermeister und der Vereinigung der Brotfabrikanten ein tarifliches Verhältnis abgeschlossen wird. Sollten weder Erwarten die Bäckerinnungen und die Vereinigung der Brotfabrikanten ein solches Verhältnis nicht wollen, so soll der Vorstand sehen, daß es zwischen der Gesellenorganisation und der freien Vereinigung der Bäckermeister zu einem Tarifvertrage kommt.“

## Die Werkstättenarbeiter und -arbeiterinnen der Hoch- und Untergrundbahn halten an ihren Forderungen fest.

In einer überaus stark besuchten Versammlung in Voelkers Park nahmen die Werkstättenarbeiter und -arbeiterinnen der Hoch- und Untergrundbahn zu ihren gegenwärtigen Verdiensten Stellung.

Bereits vor längerer Zeit hatte der Arbeiterausschuß im Auftrage der Beschäftigten die Forderung gestellt, daß die gegenwärtigen Stundenlöhne um 25 Pf. erhöht werden sollen. Die Direktion hatte diesem Antrage nicht entsprochen, sondern die Teuerungszulage, die bisher für die Handwerker 24 M., die Arbeiter 10 M. und für die Arbeiterinnen 10 M. monatlich betrug, für die ersten beiden Gruppen um 12 M. und für die Arbeiterinnen um 8 M. ab 1. Juli erhöht.

Dieses Entgegenkommen genügt den Arbeitern nicht, und sie beschließen, an ihrer Forderung von 25 Pf. für die Stunde Lohn-erhöhung festzuhalten.

Diesem Antrag sollte die zuständige Organisation, der Metallarbeiterverband, durch Vermittlung des Oberkommandos in den Marken zur Anerkennung bringen. Eine dementsprechende Eingabe ist, wie Sierung vom Metallarbeiterverband mitteilt, am 2. Juli an das Oberkommando eingereicht worden, aber ein Ergebnis konnte in der kürzlich stattgehabten Besprechung noch nicht festgestellt werden.

In der Versammlung machte sich über diese Verschleppung der

Sache eine außerordentlich große Mißstimmung geltend, und die Organisation wurde beauftragt, dem Oberkommando erneut mitzuteilen, daß die Arbeiter nunmehr auf eine Entscheidung dringen, und daß sie weiter unter allen Umständen an der gestellten Forderung von 25 Pf. für die Stunde festhalten.

Der Höchstverdienst der Handwerker beträgt zurzeit einschließlich aller Teuerungszulagen 1,50 M. für die Stunde, für die Arbeiter 1,37 und für Arbeiterinnen 0,70 M.

## Teuerungszulage der Rahmenvergolder.

Die Rahmenvergolder hatten eine Erhöhung der Teuerungszulage um 80 Pf. für die Stunde gefordert. Durch die Erfüllung dieser Forderung würde der Stundenlohn, der sich vor dem Kriege auf 70 Pf. belief und während des Krieges durch mebrliche Zulagen auf 1,70 M. gestiegen ist, auf 2 M. steigen. Die Vertretung der im Holzarbeiterverbande organisierten Vergolder hat mit dem Vorstand der Vergolderinnung verhandelt und zunächst ein Angebot von nur 20 Pf. erhalten, das in zwei Zeitabschnitten mit je 10 Pf. gewährt werden sollte. Nachdem die Vertreter der Arbeiter dies Angebot mit aller Entschiedenheit abgelehnt hatten, machten die Arbeitgeber unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Mitglieder das Zugeständnis, am 1. Oktober und am 1. November je 15 Pf. Zulage zu gewähren. Inzwischen hat die Arbeitgeberversammlung diesem Angebot zugestimmt.

Am Mittwoch nahm eine Branchenversammlung der Vergolder Stellung zu dieser Angelegenheit. Die Branchenleitung empfahl die Annahme des Abkommens, da ja die Forderung von 80 Pf., wenn auch in zwei Abschnitten, erreicht worden sei. Außerdem sei auch für Montagearbeiten eine neue Vereinbarung zustande gekommen. Danach wird bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt, aber innerhalb der Grenzen des Sorortverkehrs das Festgeld und eine Zulage von täglich 1,30 M., bei Arbeiten, die weniger als einen halben Tag erfordern, eine Zulage von 15 Pf. für die Stunde gewährt. Bei Arbeiten außerhalb der Grenzen des Sorortverkehrs, die ein auswärtiges Übernachten erfordern, wird eine Zulage von mindestens 7 M. täglich gewährt.

Die Versammlung stimmte dem Abkommen zu.

## Was die Telegraphenarbeiter an der Teuerungszulage bemängeln.

Zu der einmaligen Teuerungszulage, die von der Reichspostverwaltung den „Lohnempfängern“ gewährt worden ist, nahm eine zahlreich besuchte Versammlung der Telegraphenarbeiter, Handwerker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Stellung. Es wurde anerkannt, daß die Verwaltung bestrebt gewesen sei, diesmal etwas zu unternehmen, was den Arbeitern u. U. ihre schwierige Lage wirklich zu erleichtern geeignet ist. Bemängelt wurde aber, daß durch die Auslegung, die seitens der Ober-Postdirektion den vom Reichspostamt erlassenen Bestimmungen gegeben worden ist, den ledigen Arbeitern und den Verbeirateten, die bis zu zwei Kindern zu versorgen haben, eine Einbuße verursacht worden ist, die zwischen 30 und 80 M. beträgt. Als ganz unverständlich wurde es weiter bezeichnet, daß die Höchstgrenze für die Teuerungszulage auf 500 M. festgelegt worden ist. Dies hat nämlich zur Folge, daß die Väter von vier, fünf, sechs und sieben Kindern, die bei den laufenden Teuerungszulagen entsprechend besser gestellt sind, nicht mehr an einmaliger Teuerungszulage erhalten, als ihre Kollegen mit drei

Kindern. Dies wurde als höchst ungerecht und völlig zwecklos kritisiert und die Leitung des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker ersucht, mit aller Listkraft für die Hinaufhebung der Höchstgrenze einzutreten. Endlich kam zur Sprache, daß eine Reihe von Hilfsarbeiterinnen, die in den letzten Monaten ihre Tätigkeit für die Verwaltung kurze Zeit — höchstens eine Woche — unterbrochen hatten, 3 M. um den verwundeten Chefmann im Lazarett zu besuchen, von der Verwaltung als „vorübergehend ausgegliedert“ betrachtet worden sind und dadurch nach deren Ansicht das Anrecht auf die einmalige Teuerungszulage verloren haben. Auch hiergegen wird die Bundesleitung vorgehen.

Die Mitgliederzahl des Lederarbeiter-Verbandes stieg von 8150 am Schluß des ersten Quartals auf 8794 am Schluß des zweiten Quartals. Der Zuwachs an Mitgliedern beträgt demnach 644. Der Gesamtbestand in Verbands- und Lokalkassen ist von 272.789,81 M. auf 284.971,07 M. gestiegen.

Der Verband der Gut- und Holzwarenarbeiter und -arbeiterinnen hatte am 31. August 1918 insgesamt 8618 Mitglieder; davon waren 2251 männliche und 6367 weibliche Mitglieder. Beim Militär befanden sich 2663 Mitglieder.

## Parteinachrichten.

### Von einer erfreulichen Aufwärtsbewegung der Parteiorganisation

Konnte in der in Neusalz abgehaltenen Kreisversammlung für den Wahlkreis Grünberg-Frensdorf berichtet werden. Die Konferenz beschloß einstimmig eine Erhöhung der 14-tägigen Beiträge auf 25 Pf. für Männer und auf 15 Pf. für Frauen. Die „Gleichheit“ soll künftig obligatorisch und unentgeltlich an die Genossinnen abgegeben werden. Durch Herausgabe von Wahlkontenmarken soll ein Wahlkampffonds geschaffen werden. Ueber die politische Lage sprach der Abgeordnete des Wahlkreises, Genosse Davidsohn. Seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte nach einer regen Aussprache die Annahme zweier Resolutionen. In der ersten wird gegen die alldutschen Kriegskriegsereien Stellung genommen und für einen baldigen Verständigungsfrieden eingetreten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Zuweisung von Lebensmitteln für die Bevölkerung Niederschlesiens weit zurücksteht hinter der Versorgung anderer Bezirke. Weiter wird protestiert gegen die unzulängliche Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten, der Kriegerverwitwen und -Waisen, und schließlich die Auflösung des Landtages verlangt, wenn derselbe sich der Einführung des gleichen Wahlrechts widersetzt.

In der anderen Entscheidung äußert die Konferenz die Erwartung, daß die Reichstagsfraktion vor der Abstimmung über Kriegskredite unter Berücksichtigung der Politik und Haltung der Reichsregierung noch peinlicher als bisher prüft, ob sie den Krediten zustimmen kann.

Verantwortlich für Politik: Erich Rittner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Neusalz; für Anzeigen: Theodor Grotz, Berlin. Verlag: Sozialverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlagsanstalt „Arbeiter“ Berlin, Charlottenstraße 2. Berlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Preis 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
7 Uhr: Maria Stuart.  
Sonntag 7 Uhr: Faust I.

**Kammerspiele.**  
7 1/2 U.: Schellerhaufen.  
Kleines Schauspielhaus.  
Keine Vorstellung.  
Sonnabend 7 Uhr: Zum ersten Male: Arbeit.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
Direktion Friedrich Kay2ler.  
7 1/2 Uhr: Merlia.

Dir. C. Weinhard - R. Bernauer.  
**Theater im Königgrätzer Str.**  
7 1/2 U.: Der Hauch im All.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

**Berliner Theater**  
7 1/2 U.: Blitsblaues Blut.  
**Casino-Theater.**  
Zehlfinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11.  
Der neue Schläger

**Man laßt uns wieder!**  
Berliner Gasse in 3 Akten.  
Sonder erstkl. Spezialitäten.  
U. a.: Grete Linds Menschenaffen.  
Sonnt. 8 1/2 U.: Ein fideles Huhn.

**Theater der Friedrichstadt.**  
Ecke Friedrich- u. Lönisstr.  
7 1/2 Uhr. Tägl.: Nord. 8650.  
**Kaiserplatz 3, 1 Tr.**  
Ein lust. Stück m. Musik v. Lolms v. Möllendorff. Georg. L. Hahn.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Jugend.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Donauliebchen.**

**Trianon-Theater**  
Bbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301  
Heute 8 Uhr zum 300. Male:  
**Der Lebensschüler.**  
Morgen 7 1/4 Uhr, kl. Preise:  
**Schneewittchen.**  
Sonntag 7 1/4 Uhr, kl. Preise:  
**Johannsfener.**  
Allabendlich: Lebensschüler.

**Wittelsbach-Lichtspiele**  
am Bayerischen Platz.  
Ab heute  
täglich 6 u. 8 1/2,  
(Sonnt. 4, 6 u. 8 1/2).  
**Berlin**  
**Film-Sensation**  
**„Der niegende Holländer“.**  
Filmdichte u. Spielleitung: Hans Neumann.  
Vorh.: Tanzaufnahme d. M. Zimmermann-Ball.  
Sämtl. Plätze nummeriert.  
Vorverk. Wertheim und Theaterk. 11-1.

**Theater für Freitag, 20. September.**  
**Central-Theater**  
7 1/2 U.: Die Rose von Stambul.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Fidelio.

**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: Hannerl.  
(Dreimäderlhaus II. Teil.)  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Einsame.

**Komische Oper**  
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.  
Stg. 8 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 U.: Die spanische Fliege.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 U.: Die Faschingsfee.  
**Palast-Theater**  
7 1/2 U.: Der Stralauer Fischzug.

**Waller-Theater**  
7 1/2 U.: Graf Habenechts.

**National-Theater** (Deutsch-Amer. Th.)  
Der große Operettenerfolg!  
**Prinzenliebe.**  
Musik von Walter Bromme.  
Sonntag 8 1/2 U.: „Mäuschen.“ Kl. Preise. Vorrerk v. 10 U.

**Varieté**  
**Theater am Kottbuser Tor**  
Leitung: Direktor Ferdinand Wagner.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die große Varieté-Schau.**

Texte der Vorträge von Hermann Frey, Musik von Franz Schmidt-Hagen. Originalentwürfe der Dekorationen von Heinrich Zille. Dirigent der Komposition.  
Mitwirkende:  
**Anna Müller-Lincke, Willi Lilic, Hugo Roussel, Tine Trautmann, Robert Wiese.**  
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Tageskasse von 10 1/2-11 1/2 Uhr und ab 5 Uhr.

**Apollo-**  
Friedrichstr. 218  
Dir.: James Klein.  
7 1/2 U. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
**September-Sensationen!**  
**Sherlock Holmes**  
der mexikanische Ausbrecherkönig.  
**Leb. Porzellan, Rita Belmonte,**  
die span. Schönheit, und weitere Sensat.  
Vorverkauf an der Tagesk. 10-5 Uhr.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr jeder Erwochs. 1 Kind frei!

**WINTERGARTEN**  
12 Spezialitäten 12  
Rauchen gestattet!

**Theater des Westens.**  
Ab Sonntag, den 22. September:  
Jeden Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr  
zu kleinen Preisen:  
**Die Dollarprinzessin**  
Operetta in 3 Akten von Leo Fall.

**Täglich**  
**Gr. Nachmittags-Konzert**  
im 219/19\*  
**Kaffee Zielka**  
Equitable-Palast,  
Friedrichstraße 59/60, Ecke Leipziger Straße,  
ausgeführt von der Kapelle des  
2. Garde-Regiments zu Fuß  
unter persönl. Leitung d. Egl. Musikmeisters  
**Herrn Max Graf.**  
Anfang 3 1/2 Uhr.  
Beste Getränke zu mäßigen Preisen.

**Busch**  
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.  
Das großartige  
**Eröffnungsprogramm**  
Zum Schluß:  
**Oberon.**

Große phantastische Wasser-Pantomime in 5 Akten nach Wielands Oberon. Daraus besonders hervorzuheben:  
**Die großen Sturzwellen.**  
Vorverk. an der Zirkuskasse ohne Aufgeld. Die Direktion bietet, nur an der Zirkuskasse oder bei Wertheim zu kaufen.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Götterpiel d. Friedrich-Schillerstr. 1. Ebenters:  
**Das Dreimäderlhaus.**

**Admiralspalast.**  
**Die Prinzessin von Tragant.**  
Wer ist die Schönste?  
Sajdah.  
7 1/2 Uhr.

**Möbel**  
1 u. 2 Zimmer-Einrichtungen  
liefern in nur bester Ausführung gegen  
**Bar u. Kredit**  
**Höhne & Co.**  
Turnstr. 85, 1.

**C. Lorenz Aktiengesellschaft.**  
In der ordentlichen Generalversammlung vom 29. Juni 1918 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft auf nom. M. 6.750.000,— durch Ausgabe von 2250 auf den Inhaber lautenden Aktien über je nom. M. 1000,—, welche für das Geschäftsjahr 1918 voll dividendenberechtigt sind, beschlossen worden.  
Die neuen Aktien sind von einer Bankgemeinschaft mit der Verpflichtung übernommen worden, den Aktionären der Gesellschaft ein Angebot zu machen darüber, daß mit einer Frist von mindestens zwei Wochen auf je zwei alte Aktien eine neue Aktie von nom. M. 1000,— bezogen werden kann.  
Nachdem der Erhöhungsbeschuß und gleichzeitig die erfolgte Durchführung am 6. September 1918 in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir namens der Bankgemeinschaft die Aktionäre hiermit auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:  
1. Die Geltendmachung des Bezugsrechtes hat bei Vermeidung des Anschlusses  
vom 16. bis 30. September 1918 einschl. zu erfolgen. Dasselbe kann ausgeübt werden:  
bei der Commerz- und Disconto-Bank in Berlin, Hamburg, Hannover, Leipzig und Kiel, oder  
bei der Nationalbank für Deutschland in Berlin, oder  
bei dem Bankhaus Wiener Levy & Co. in Berlin, und zwar provisionsfrei, sofern die alten Aktien nach der Nummernfolge geordnet ohne Dividendenscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldebogen, wofür Formulare bei den vorbezeichneten Stellen erhältlich sind, am Schalter während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden. Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. Die alten Aktien werden abgestempelt zurückgegeben.  
2. Der Bezugspreis von 310 M., sowie der Schlußstempel sind bei der Anmeldung in bar zu entrichten.  
3. Die Anbahnung der bezogenen neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist.  
Berlin, den 14. September 1918.  
**C. Lorenz Aktiengesellschaft.**  
Heid 2098L

**Reichshallen-Theater.**  
Allabendlich 7 1/2, 9 Uhr u.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Stettiner-Sänger.**  
Nachmittags ermäßigte Preise!

Neu eröffnet!  
**Geflügelgeschäft**  
früher Ekker Str. 35.  
befindet sich jetzt  
**Neanderstr. 32,**  
nahe Spandauer Straße.  
19102\* Frau Grunfeld.

**Gewerkchaftshaus.**  
Sonntag, den 22. September 1918.  
Im großen Saal: „Turnverein Fichte“, Jugendabteilung,  
hält sein **Kerbst-Schauturnen** ab.  
U. a.: **Humoristische Vorträge** — Del Gebrüder Schmidt in ihren zwerchhellerschütternden Vorträgen.

**Sonntagmittag:**  
Gäherbrühe . . . . . 0,50  
Koch hollandaise . . . . . 5.—  
Leberpaste mit Reum . . . . . 3.—  
Fähringer Röhre mit gem. Speise . . . . . 8.—  
Bräutchen . . . . . 2.—  
Steinpilze . . . . . 2.—  
Butterkränze . . . . . 5.—  
Gänsebraten . . . . . 8.—  
Rombott und Salat . . . . .  
Speise . . . . .  
Räje . . . . .

**Heute und morgen:**  
Gäherbrühe, 3 Liter 60 Pf. und darin gefochte Fetthühner, 1/2 Huhn 10 Mark.